Einzelpreis 30 Pf. Halle, Mittwoch, den 3. November 1920. 31. Jahrgang · Nr. 258

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105066. Hermann Schade.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr. | Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. | Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Auf zur Revolutionsfeier!

An das mitteldeutsche Proletariat!

Zum dritten Male jährt sich am 7. November der Tag, an welchem die revolutionären Arbeiter und Soldaten Rußlands

eine Tat

vollbrachten, die

in ihrer herrlichen Größe und Bedeutsamkeit für das Proletariat der ganzen Welt,

für das Schicksal der ganzen Menschheit einzig in der Weltgeschichte dasteht. Das russische Proletariat zertrümmerte an diesem Tage, am 7. November 1917, nachdem es im März vorher den Zarismus gestürzt hatte, aber durch die russischen Sozialverräter um die Früchte dieses Sieges betrogen worden war, mit der bürgerlichen Scheindemokratie und der schmachvollen Koalitionsregierung das kapitalistische System selbst, wagte es als erstes Proletariat der Welt die Alleinherrschaft in einem gewaltigen Weltreich an sich zu reißen,

die Diktatur des Proletariats aufzurichten

und aus eigener Kraft, gehaßt und gefürchtet von den Nutznießern der Vergangenheit und Gegenwart, bedroht von zahlreichen mächtigen, rücksichtslosen und grausamen Feinden im Innern und außen, aber leidenschaftlich bewundert und verehrt von dem klassenbewußten Proletariat der ganzen Welt, an den Aufbau einer neuen sozialistischen Ordnung zu schreiten und dem Proletariat der ganzen Welt

die Fahne des Kampfes

gegen die Reaktion, gegen die Kapitalistenklasse und ihre Soldknechte und gegen den Weltimperialismus voranzutragen.

Unermeßlich und unerhört sind die

Opfer, Entbehrungen und Leiden,

die das heldenmütige russische Proletariat während dieser drei Jahre der schwersten Kämpfe auf sich genommen hat im Bewußtsein,

das mächtige Bollwerk des Sozialismus,

den Staat des russischen Proletariats, nicht wieder in die Gewalt des Kapitalismus, der Gegenrevolution fallenzulassen. Genossen und Genossinnen! Dieser Tag ist nicht nur der Siegestag der russischen Revolution, es ist

der Tag der Weltrevolution,

der Tag, an welchem dem Weltkapitalismus, der uns alle bedrückt, die erste entscheidende Niederlage beigebracht, der erste Boden abgerungen wurde, von dem aus der Sozialismus unüberwindlich vordringend zum endgültigen und allgemeinen Siege kommen wird.

Noch beherrscht der Kapitalismus und mit ihm der Weiße Terror den größten Teil der Welt. In Ungarn hausen die Horthybanditen in schamloser Bertiertheit, wo immer das Proletariat noch nicht herrscht, verbluten seine Besten oder verschmachten in den Kerkern, und auch in Deutschland rüstet die Reaktion zu neuen Schlägen gegen das Proletariat, das, aufgerüttelt durch die furchtbarste Krise und Unterdrückung, Miene macht, seine Ketten abzuschütteln.

Gerade wir in Deutschland, die wir so schwer zu leiden haben unter den Wirkungen des schmählichen Verrates an der Revolution vom 9. November, wir wollen nicht einen Tag feiern, der uns an das erinnert, was uns durch unsere Gutmütigkeit entrissen wurde,

wir feiern den 7. November,

den Tag, an dem zum ersten Male in einem Volke die Diktatur des Proletariats siegreich verwirklicht wurde.

Genossinnen und Genossen! Wir fordern euch auf, die revolutionäre Gesinnung, die das Proletariat unseres Bezirks seit jeher nicht nur in Worten, sondern mehr denn einmal in kühner Tat bekundet hat, erneut in wuchtigen Kundgebungen zu bekunden.

Kein Festtag ist der Tag der Revolution für uns, sondern ein Kampftag!

Ein Tag der Sammlung soll er uns sein, ein Tag der Festigung unserer Kampfentschlossenheit,

ein Tag des rückhaltlosen Bekenntnisses zur kommunistischen 3. Internationale,

der berufenen Führerin im Kampfe für die Weltrevolution. Sammelt euch an diesem Tage zu ernstem Rückblick auf die Jahre der Revolution und zu entschlossenem Ausblick auf die Zukunft, die dem Proletariat gehört. Wo Demonstrationen in größeren Bezirken möglich sind, sind sie zu veranstalten. Zum mindesten aber ist eine Versammlung abzuhalten, in der die Bedeutung des Tages gewürdigt wird. Begeht den 7. November unter der Parole:

Es lebe die russische Sowjet-Republik!

Es lebe der Kampf der deutschen Arbeiterklasse!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Die Bezirksleitung der USP. für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg.

Die Bezirksleitung der KPD. (Sektion der 3. Internationale) für den Bezirk Mitteldeutschland.

Die Unterbezirksleitung Halle der KAPD.

Eine russische Pressestimme über den englischen Bergarbeiterstreik.

Moskau, 28. Oktober. (Rosta Wien.) Im gestrigen Leitartikel der „Iswestija" heißt es u. a.: Der englische Bergarbeiterstreik ist keine schlechtere Lehre für das Proletariat wie die italienische Bewegung. Die Ergebnisse in England haben noch nicht ihr Ende gefunden, aber schon heute kann man mit Sicherheit, trotz der ungeheuren Ausdehnung der Streikbewegung, ihren Mißerfolg voraussehen. Es war geplant, den Streik auch auf die Eisenbahner, Metallarbeiter, Schneider usw. auszudehnen. Diese mächtige Bewegung hat sich keine marxistischen sozialpolitischen Aufgaben gestellt und ist nicht über den Rahmen der ökonomischen Zechinteressen der englischen Arbeiter hinausgegangen. Die Ziele der Bewegung beschränken sich auf die Lohnbewegung. An der Spitze der Bewegung stehen gelbe Sozialverräter, die in ihrer Gewerkschaftspraxis nicht zum ersten Male proletarische Interessenverrätereien und Kompromisse mit der Bourgeoisie geschlossen haben. Die Aufgabe dieser gelben Führer ist, die Kampfkraft der Arbeiter zu lähmen, oder im Falle eines Kampfes Provokation zu treiben. Auch heute versuchen diese Führer, die immer mehr um sich greifende Bewegung zu hemmen. Die Eisenbahner haben bereits auf jede Aktion verzichtet und bemühen sich, die Bergarbeiter zu mäßigen. Sie treten mit Lloyd George in Verhandlungen, wodurch sie nicht nur die Möglichkeit eines Generalschaftsstreiks gefährden, sondern stellen sogar den Erfolg der wirtschaftlichen Forderungen in Frage. Selbstverständlich passen den armseligen Verrätern die 21 Punkte der 3. Internationale nicht, die ihnen zu streng sind, denn sie fordern von jedem Arbeiterführer, daß er den Interessen der Arbeiterklasse rücksichtslos ergeben ist, sie fordern ein breiteres politisches Programm für das Proletariat, als es das gewerkschaftliche ist. Solange die Arbeiterbewegung im Westen in den Händen der opportunistischen gelben Führer ist und nicht in den Händen der kommunistischen Parteien, verlieren all die kolossalen Streiks in England, Italien, Rumänien, Deutschland ihren Sinn und gestalten sich zu bedeutungslosen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und dem Kapital. Die westeuropäischen Arbeiter müssen auf die Straße gehen und in den endgültigen und entscheidenden Kampf mit der Bourgeoisie treten. Dazu muß man bestimmte politische Klassenziele haben und die Verräter aus den Reihen der Arbeiter hinauswerfen. Wie sich die weiteren Ereignisse in England auch gestalten mögen — ein wirtschaftlicher Sieg der Arbeiter wird nicht von den „Arbeiterführern" sondern trotz ihnen, gegen ihren Willen, errungen worden sein.

Ausbruch des belg. Bergarbeiterstreiks.

Allgemeine Arbeitsniederlegung.

Charleroi, 2. November. (Havas.) Gestern morgen sind die Bergarbeiter des Kohlenbeckens von Charleroi in den Streik getreten.

Nach einer zweiten noch unbestätigten Meldung ist die Arbeit in allen Kohlenrevieren nach Proklamierung des Streiks sofort niedergelegt.

Gewaltige Streikbewegung in Polen.

Riga, 27. Oktober. (Rosta Wien.) Nach dem Eisenbahnerstreik, der in Polen wegen des Projekts des Zweikammernsystems ausgebrochen ist, sind auch sämtliche Warschauer Arbeiter in den Streik getreten. Es erscheinen keine Zeitungen, die Geschäftslokale sind gesperrt, der Tramwayverkehr steht still.

Krakau, 28. Oktober. (Rosta Wien.) Der Berarbeiterverband der Kohlen-, Naphta- und Salzgruben kündigt den Generalstreik in ganz Polen an für den Fall, daß sich die Ernährungsverhältnisse in kürzester Zeit nicht verbessern. In einem offenen Brief an die Regierung sagt unter anderem der Vorstand des Verbandes: „Die Regierung will den Bergarbeitern nicht einmal das Existenzminimum sichern. Ganze Wochen erhalten diese weder Mehl noch Brot noch Kartoffeln. An den Gruben brechen fast täglich Hungerstreiks aus.

Rückzug Wrangels.

Konstantinopel, 2. November. (WTB.) Die Truppen des Generals Wrangel ziehen sich hinter die Perikoplinie zurück. Am Mittwoch wird der Rückzug beendet sein. Eine Division hat schwere Verluste erlitten. Die angreifenden Bolschewisten werden auf 140 000 Mann geschätzt.

Die amerikanischen Scheidemänner.

Wir veröffentlichen das nachfolgende Schreiben der Kommunistischen Internationale an die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten, die in die 3. Internationale eintreten wollte, aber nicht aufgenommen wurde, weil es wertvollste Aufschlüsse über den Stand der revolutionären Bewegung in Amerika liefert. Eben sind die rechtsunabhängigen Blätter dabei, Aeußerungen amerikanischer rechter Sozialistenführer für ihre Zwecke auszuschlachten, die nichts anderes beweisen, als daß in Amerika die Entwicklung etwas langsamer vor sich geht als hier. Darum ist sie aber gleichwohl deutlich genug erkennbar.

Liebe Genossen, die offizielle Erklärung der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale, samt der durch Referendum angenommenen Resolution, ist an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gelangt. Ebenso sind wir im Besitz eines Berichts über den Nationalkonvent der Sozialistischen Partei, der in Neuyork im Mai 1920 stattgefunden hat. Dieser Bericht enthält einen Beschluß über die Beziehungen zur Internationale, der vom Konvent an Stelle des ursprünglich durch Referendum genehmigten Beschlusses angenommen wurde. Der durch das Referendum angenommene Beschluß wird als Resolution der Minderheit dargestellt. Außerdem lag uns auch die zweite, von Viktor Berger beantragte Resolution der Minderheit vor.

Bevor diese Resolutionen nochmals dem Referendum unterworfen werden, ist es notwendig, alle drei nochmals zu prüfen. Alles, was von Bergers Resolution gesagt werden kann, ist: erstens, daß sie ehrlich reaktionär ist, und zweitens, daß wir erstaunt sind, daß sie auf der Konferenz einer Partei vorgeschlagen werden konnte, die sich „sozialistisch" nennt.

Was diejenige Resolution der Minderheit betrifft, die sich vollständig mit der ersten, durch das Referendum angenommenen Resolution, deckt, abgesehen von dem Zusatz, der Georg Landsburys Meinung über Lenins Ansichten von den Bedingungen des Beitritts zur Kommunistischen Internationale enthält, so muß über sie ausführlich gesprochen werden.

Sie beginnt mit einer langen Einleitung, in der die 2. Internationale verurteilt wird. Eine Phrase, die sogar bei den rechten Parteien zu einem solchen Gemeinplatz geworden ist, daß sie aufgehört hat, eine Bedeutung zu haben. Der Abschnitt über die 3. Internationale lautet folgendermaßen:

„Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten erklärt sich als Anhängerin der 3. (Moskauer) Internationale nicht sofehr darum, weil sie für das „Moskauer" Programm und die „Moskauer" Methoden ist, sondern deshalb:

a) weil „Moskau" etwas tut, um wirklich den Weltimperialismus zu bekämpfen;

b) weil „Moskau" von den vereinigten kapitalistischen Kräften der Welt bedroht wird, nur deshalb, weil es proletarisch ist;

c) unter diesen Umständen ist die Pflicht der Sozialisten, jetzt auf der Seite Moskaus zu stehen, ungeachtet dessen, was wir späterhin Moskau zu sagen haben werden, denn Moskaus Untergang wird den Untergang der sozialistischen Republiken in Europa bedeuten, wie auch die Vernichtung aller sozialistischer Hoffnungen für viele Jahre."

Es ist selbstverständlich sehr wertvoll, die Sympathie der Amerikanischen Sozialistischen Partei zu besitzen, da die Kommunistische Internationale „von den vereinten kapitalistischen Kräften der ganzen Welt bedroht wird." Immerhin ist dieser Umstand kaum ein genügender Grund für eine Partei, der Kommunistischen Internationale beizutreten, ebensowenig wie er für die Kommunistische Internationale ein Grund ist, eine Partei aufzunehmen, die ihr bloß Sympathie schenkt. Es wird aber kein anderer Grund für den Beitritt angegeben, außer noch dem einen, daß die Kommunistische Internationale etwas tut, das den „Weltimperialismus" stürzen soll. Aber gerade was sie tut, will der Verfasser der Bedingungen dem amerikanischen Proletariat offensichtlich vorenthalten.

Dieser Resolution liegt augenscheinlich eine falsche Auffassung der Rolle der Kommunistischen Internationale zugrunde. Die Kommunistische Internationale ist keineswegs eine Organisation des Proletariats zur Verteidigung. Sie ist ein Organ des Angriffs, ist der Generalstab der Weltrevolution, der den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus in der ganzen Welt und die Diktatur des Proletariats herbeiführen soll. Was die Fragen der prinzipiellen und grundlegenden Ziele

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0001

betrifft, so ist unmöglich aus der Resolution zu ersehen, was die Amerikanische Sozialistische Partei späterhin Moskau zu sagen haben wird.

Umgekehrt hat die Kommunistische Internationale den Parteien, die ihr beizutreten wünschen, etwas zu sagen, bevor sie aufgenommen werden. Die Kommunistische Internationale ist nicht „Moskau", sondern eine zentralisierte und disziplinierte Organisation, die jetzt die große Mehrheit der revolutionären Arbeiterparteien der Welt umfaßt. An ihrem Kongreß, der eben geschlossen worden ist, beteiligten sich Vertreter der revolutionären Vorhut der Arbeiter aller Länder. Es waren auch Delegierte der Französischen Sozialistischen Partei und der USPD. anwesend, die es vor einigen Monaten versucht hatten, eine 2. Internationale zu gründen, und zwar vermittels einer Konferenz, in der die Parteien des Zentrums vorherrschen sollten. Dieser Konferenz war die Aufgabe zugedacht, eine Basis für den Widerstand gegen den Kommunismus, ein Zentrum für die Sabotage der Weltrevolution zu schaffen. Das ist auch die leitende Idee der „Hilquits", d. h. der Mehrheitsresolution, die von dem Konvent der Sozialistischen Partei angenommen wurde. Der Unterschied besteht nur darin, daß weder die deutsche noch die französische Partei gewagt hatte, sich offen gegen die Diktatur des Proletariats zu erklären, wie es die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten getan hat.

Die Absicht der sozialistischen Zentrümler ist fehlgeschlagen. Die Arbeiterklasse der Welt will sich der Leitung der Kommunistischen Internationale anvertrauen und die Führer der Parteien des Zentrums sind durch die Massen gezwungen worden, an uns mit dem Wunsche heranzutreten, sich der Kommunistischen Internationale anzugliedern. Das gilt auch für die Hilquits und Lees der amerikanischen Partei, die sich zwar für Gegner der Grundsätze der Kommunistischen Internationale erklären, jedoch nicht wagen, von ihr abzurücken.

Allen Parteien, die in der gleichen Lage sind, antwortet die Kommunistische Internationale:

Die Kommunistische Internationale ist kein Hotel, in das die Reisenden mit ihrem Gepäck absteigen und ihre privaten Angelegenheiten erledigen können. Die Kommunistische Internationale ist eine Armee in Kriegszeit; Freiwillige, die sich der Revolutionsarmee anschließen, müssen sich zu ihren Prinzipien bekennen, ihren Befehlen gehorchen und sich ihrer Disziplin unterwerfen. Nur revolutionäre kommunistische Parteien finden in der Kommunistischen Internationale Aufnahme. Diese Parteien müssen das Programm der Kommunistischen Internationale als verpflichtend annehmen, den revolutionären Massenkampf für den Kommunismus führen, der mittels der Diktatur des Proletariats und der Räteordnung verwirklicht wird, müssen alle Beschlüsse des Kongresses und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale als bindend anerkennen. Sie müssen sich eine streng zentralisierte Organisationsform und eine militärische Disziplin schaffen. Alle Parteimitglieder in öffentlichen Stellungen, in den Arbeiterunionen, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unterstehen bedingungslos dem Zentralausschuß der Partei, der als deren oberstes Organ mit der höchsten Vollzugsgewalt ausgerüstet, alle Maßnahmen der Parteiarbeit leitet.

Diese Parteien müssen dauernd und unerbittlich die bürgerliche Demokratie und den Sozialismus und ebenso den heuchlerischen Betrug des Sozialpazifismus bekämpfen. Sie müssen den Arbeitern gründlich, planmäßig nachweisen, daß ohne den revolutionären Sturz der kapitalistischen Staaten von Abrüstung keine Rede sein kann, daß kein internationales Schiedsgericht, kein Völkerbund imstande ist, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu retten.

Diese Parteien müssen unverzüglich mit dem Reformismus und der Politik des Zentrums brechen. Sie müssen alle nichtrevolutionären Elemente, alle opportunistischen Führer aus ihren Reihen ausschließen, alle Verbindungen mit dem Kleinbürgertum lösen und sich für die revolutionäre Aktion, für den unvermeidlichen, unerbittlichen Bürgerkrieg vorbereiten.

Der Beschluß der Maitagung der Sozialistischen Partei zeigt deutlich, daß sie in der Tat weit davon entfernt ist, den oben aufgezeigten Voraussetzungen gerecht zu werden.

Die angenommene Prinzipienerklärung ist eine Beleidigung der Arbeiterklasse. Falls diese Erklärung von den Mitgliedern gebilligt werden sollte, so wäre sie allein schon hinreichend, die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten von der revolutionären Bewegung zu scheiden. Daß die Resolution abgelehnt wurde, welche die Diktatur des Proletariats forderte, ist ein Ding der Unmöglichkeit für eine Partei, die den Anschluß an die Kommunistische Internationale sucht. Wir kennen keine einzige sozialistische Partei der Welt, die sich geleistet hätte, was der Tat der amerikanischen Partei gleichkäme. Nämlich, daß sie zwei, drei Jahre nach dem Weltkrieg aus ihren Statuten die Bestimmung gestrichen hat, die ihren Vertretern in den gesetzgebenden Körperschaften die Bewilligung von Kriegskrediten verbietet.

Die Amerikanische Sozialistische Partei hat bis jetzt für eine Partei des sozialistischen Zentrums gegolten; sie gibt endgültig alle sozialistischen Grundsätze preis, sie tritt endgültig in die Reihen der bürgerlichen reformistischen Parteien mit der Annahme folgender Erklärung:

„Das letzte Ziel der Sozialistischen Partei in der Politik ist die Sicherung einer Mehrheit im Kongreß und in jeder legalen staatlichen Legislatur, um die wichtigsten Aemter der Verwaltung und der Justiz zu erobern, um die herrschende und kontrollierende Macht des Landes zu werden zu dem Zwecke, den Sozialismus zu verwirklichen."

Kommt die ehrliche grundsätzliche Ueberzeugung der Mitglieder der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten tatsächlich in dieser kindlichen und veralteten Auffassung von der Aufgabe einer sozialistischen Partei zum Ausdruck? Eine Auffassung, die nicht einmal die gelbe 2. Internationale, von der sich die Amerikanische Sozialistische Partei so entschieden getrennt hat, offen auszusprechen wagte! Eine solche Auffassung nach alledem, was geschehen ist: nach dem Weltkriege, der russischen Revolution und besonders nach dem Jahre der schwärzesten Reaktion in den Vereinigten Staaten, der Verfolgung der Revolutionäre, der Ausweisung der Sozialisten aus Albany! Wenn diese Auffassung tatsächlich die der Parteimitglieder sein sollte, so können wir nicht verstehen, weshalb die Amerikanische Sozialistische Partei in die Kommunistische Internationale einzutreten wünscht, weshalb sie nicht die Völkerliga unterstützt, wie die Advokatenfirma Meyer in London das tut. Die Partei des Zentrums, die deutschen Unabhängigen und die französischen Sozialisten konnten noch nicht in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden, obwohl sie sich grundsätzlich für Massenaktion und Diktatur des Proletariats, verwirklicht durch die Rätemacht, erklärt haben. Eine sich sozialistisch nennende Partei, die auf die platteste bürgerliche, rein politische Demokratie schwört, und die Diktatur des Proletariats verwirft, ist tausendmal schlimmer, als diese Parteien, sie ist eine gegenrevolutionäre Partei, eine Scheidemannpartei.

Der Konvent der Partei wurde beherrscht von zentralistischen und reaktionären Elementen, von gelben Reformpolitikern, wie Hillquit, Lee, Stedman, O. Neal, Block, Panken, von 100prozentigen Amerikanern, wie Meyer (London), Salomon, von den Staatssozialisten und bekannten Sozialpatrioten Viktor Berger, v. Cannon und Saltis, Karlin und Berlin, kurz lauter solchen Leuten, für die kein Platz in einer Partei ist, die zur Kommunistischen Internationale gehören will. Es gab auf der Tagung einen „linken Flügel", Engdahl, Kruse, Tucker, Hopland usw. Er forderte den Anschluß an die Kommunistische Internationale und eine revolutionäre Umgestaltung der Parteiprinzipien. Aber diese Gruppe war nur eine klägliche Minderheit und ihre Auffassung war mit Kompromiß- und Kuhhandelsgeistlern und bourgeoisen Beurteilern durchsetzt und durchmengt. Auf dem Konvent ließ sich auch nicht eine einzige kommunistische Stimme vernehmen.

Jedoch vielleicht die bezeichnendste Handlung der reaktionären Parteimaschinerie war die Verhinderung von Debatten und die Weigerung, Fragen über die in Albany ausgewiesenen Sozialisten zu beantworten.

Als Beispiel kann die Aeußerung von Louis Waldman dienen, der immer noch ein Mitglied der Sozialistischen Partei ist. Er erklärte, daß er ein Gegner der Errichtung einer Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten sei; daß er eine Regierung vorziehe, wie sie in dem Staate Neuyork bestehe, die eine „Volksregierung" und keine „kapitalistische Regierung" sei; daß er alle Arbeiter aufrufe, an der Verteidigung des Landes teilzunehmen; daß er für Kriegsanleihen stimmen würde usw. Wie gesagt, ist das nur eine Stellungnahme eines einzelnen Mitgliedes. Nehmen wir jedoch die offizielle Verteidigungsschrift der Partei gegen die ihr gemachten Vorwürfe, den „Bericht für die Mitglieder der Sozialistischen Konferenz". Dieser Bericht verteidigt, daß Ausländer der Partei angehören, indem er sie als „künftige Wähler" bezeichnet; er beeilt sich auseinanderzusetzen, daß ein neues Statut von allen Parteimitgliedern den unverzüglichen Erwerb des Staatsbürgerrechts verlangen wird. Er verwirft den Generalstreik als politisches Kampfmittel mit folgender Begründung: Wenn es genug Arbeiter gäbe, die für neue politische Reformen streiken, dann würde es auch genügen, diese Reformen durch Abstimmung zu erlangen. „Das Regierungssystem der Sowjets," sagt der Bericht, „scheint gut für Rußland zu sein. Die parlamentarische Regierungsform scheint gut für die Vereinigten Staaten zu sein. . ." Der schlimmste Verrat des Sozialismus aber findet sich in dem Abschnitt, in dem dargelegt wird, warum die Sozialistische Partei die russische Sowjetregierung unterstützt.

Wir sympathisieren mit den russischen Arbeitern, den russischen Bauern, den russischen Sozialisten, den russischen Kommunisten, wenn sie ihre Sowjetregierung verteidigen — nicht weil es eine Sowjetregierung, sondern weil es eine Regierung nach ihrer eigenen Wahl ist. Angenommen, sie hätten ein anderes Regierungssystem angenommen, — sagen wir, eine von der Konstituierenden Versammlung geschaffene Regierung, so würden wir sie nichtsdestoweniger unterstützen."

Ist es vielleicht das, was die amerikanischen Sozialisten „später Moskau zu sagen haben werden"? Noske und Mannerheim, Lloyd Georges und Wilson könnten sich diese verräterische Logik mit gutem Gewissen zu eigen machen.

Die sozialistischen Ratsherren von Neuyork, die für die Freiheitsanleihe und für die Errichtung eines Triumphbogens gestimmt haben; das „sozialistische" Kongreßmitglied Meyer (London), der dem italienischen König zu seinem Geburtstage gratulierte, der für die Kriegsanleihen stimmte; die „sozialistischen" Gesetzgeber in Albany, die sich öffentlich gegen den Kommunismus erklärten; der „sozialistische" Vertreter von Milwaukee, der Arbeiter wegen Störung eines religiösen Meetings einsperren ließ; die Redakteure „sozialistischer" offizieller Organe, welche die Chicagoer Polizei aufforderten, die Kommunisten von der Konferenz von 1919 auszuweisen — alle diese „Genossen" sind noch immer Mitglieder der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten; sie beherrschten in Tat und Wort die Maikonferenz.

Es wird geltend gemacht werden, daß die Wahl von Eugen v. Debbs zum Kandidaten der Partei bei den Präsidentschaftswahlen bewies, daß die Amerikanische Sozialistische Partei eine revolutionäre Partei ist.

Es ist indessen charakteristisch für die Taktik der zentristischen Parteien, revolutionäre Phrasen zu machen und revolutionäre Persönlichkeiten auszunutzen, um die Arbeitermassen zu täuschen, sie zu blenden und zu veranlassen, den opportunistischen Führern zu folgen. Genosse Debbs hat einen außerordentlich guten revolutionären Ruf. Um so schlimmer für die amerikanische Partei, die für ihre eigenen egoistischen, keineswegs revolutionären Zwecke Debbs Einkerkerung ausnützt. Indem sie die Kandidatur dieses Genossen aufstellt, versucht sie neuerlich ihre verräterische und feige Haltung zu verbergen und zu rechtfertigen. Sie mißbraucht Debbs revolutionären Namen zur gleichen Zeit, wo sie seinen Vorschlag verwirft, sich mit den Kommunisten zu vereinigen.

Nirgends in der Welt wurden die Kommunisten und die guten, treuen Sozialisten von der Kapitalistenklasse erbitterter verfolgt und gehetzt, als in den Vereinigten Staaten. Tausende unserer Genossen sind ausgewiesen, für lange Zeit ins Gefängnis geworfen, in der brutalsten Weise mißhandelt worden. Von allen nichtrevolutionären Ländern sind die Vereinigter Staaten das einzige, wo die kommunistische Bewegung in aller Form in Acht und Bann erklärt und illegal ist, wo sie geheim arbeiten muß, dort laufen die Kommunisten bei jeder Betätigung Gefahr für Freiheit und Leben. Die Sozialistische Partei unterwirft sich diesem Terror. Sie bemüht sich angesichts der Diktatur des Kapitals, ihre Harmlosigkeit, ihr unrevolutionäres Wesen zu bewahren und zu beweisen, und hat guten Erfolg damit. Sie strebt dazu, daß ihre Vertreter aus dem Kongreß, aus dem gesetzgebende Körperschaften der Einzelstaaten ausgeschlossen werden, sie lobt die Regierung, sie unterstützt das bürgerliche Staatswesen und hofft auf diese Weise, sich von den Folgen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ordnung zu retten. Und der Konvent lehnt einen Antrag ab, in dem die Sympathie ausgesprochen wird für Larkin und Gitlow, zwei kommunistische Kämpfer, die infolge des Klassenkampfes eingekerkert worden sind.

Billigt die Mehrheit der Amerikanischen Sozialistischen Partei die Beschlüsse dieser Konferenz? Wenn ja, so können wir den ehrlichen Arbeitern, die noch in dieser Partei bleiben wollen, nur eines sagen:

Ihr werdet betrogen! Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten ist keine Arbeiterpartei, sondern eine Hilfsorganisation der amerikanischen Bourgeoisie, des Weltimperialismus. Sie führt auch nicht zum Sozialismus, — sie verrät Euch an die Konterrevolution.

Arbeiter! Verlaßt diese Partei! Sie ist Euer Feind! In Amerika gibt es bereits eine revolutionäre Partei, die Vereinigte Kommunistische Partei, die amerikanische Sektion der Kommunistischen Internationale. Tausende amerikanischer Kommunisten haben für die Revolution gelitten. Sie sind Eure wahren Genossen. Die Vereinigte Kommunistische Partei Amerikas ist die Partei der revolutionären Arbeiterklasse. **Kommt zur Vereinigten Kommunistischen Partei!**

Den Führern, den Beamten der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten, den Bergern, Hillquits, Londons, Lees — haben wir nur das eine zu sagen:

Ihr habt den Namen „Sozialist" entehrt. Ihr bemüht Euch um Zulassung zur Kommunistischen Internationale. Wir antworten Euch, indem wir Euch den Krieg erklären, als Verräter der Arbeiterklasse, die am Vorabend der Weltrevolution sich an den Feind verkauft haben, um ihr Leben zu retten.

Todesängste der bayerischen Regierung.

In Bayern gibt es bekanntlich seit dem Kapp-Putsch eine Regierung der „starken Hand", in Wahrheit eine Spottgeburt von ängstlicher Schwäche und gelegentlicher brutaliter Roheit, gepaart mit völliger Unfähigkeit. Die „Ordnung" äußert sich in Bayern vor allem in einem Wiederaufleben der kleinlichsten unzähligen Polizeischikanen. Die wohltätigen Folgen, die man auch den Arbeitern versprochen, sind so fühlbar, daß der Kommunismus in Bayern noch rascher Fortschritte macht als in anderen Staaten. Und nun soll dieser Jammerregierung die Organisation genommen werden, die doch bisher offen als bewaffnete monarchistische Organisation auftreten konnte. Eine Note der Interalliierten Kommission, die schon am 17. Oktober in Berlin überreicht, also bisher verheimlicht worden war, verlangt kategorisch auch für Bayern die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren. Bisher hat bekanntlich Bayern strikt erklärt, auf die Ententebefehle zu pfeifen und die Orgesch unter allen Umständen zu behalten. Es verließ sich dabei auf die Zersplitterungspläne, die Frankreich mit bayerischer Hilfe durchsetzen will. Auf das, was nun kommen wird, kann man neugierig sein. Die Reichsregierung hat natürlich vor der Entente Angst, nicht weniger Angst aber vor den Orgeschmannen. Die bayerische Regierung weiß wieder, daß sie mit der Orgesch selbst erledigt ist. Zur Charakterisierung der wahrhaft tragikomischen Angst der „Ordnungsstützen" diene folgender Klageruf der „Vossischen Zeitung":

„Die Gefahr, die für den Bestand der in München und in Oberbayern mühsam genug zurückerrungenen Staatsordnung herbeigeführt würde, wenn es dazu kommen sollte, daß den Forderungen der Entente in vollem Umfange der von ihr geltend gemachten Entwaffnungsansprüche entsprochen werden müßte, dürfte dabei mit eben demselben Ernst gewürdigt worden sein wie die Lage, die durch seine Ablehnung in unbedingtester Form entstehen müßte, wie es gestern in dem Organ der bayerischen Rechten hier angeführt wurde, und wie es selbst in anderen Parteien nicht ohne Befürworter ist.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben in einem Artikel „Die Einwohnerwehr": „Die bayerische Regierung hat die absolute Staatsnotwendigkeit der Erhaltung der Einwohnerwehr erkannt und sich mit einem glatten „Nein" gegenüber der Forderung der Auflösung des Selbstschutzes ausgesprochen." Obwohl damit der Anschein erweckt wird, als ob das Ergebnis der Verhandlungen im Ministerrat ein rundes „Nein" wäre, muß darauf hingewiesen werden, daß der Artikel offenbar vor der Kabinettssitzung erschienen ist und demnach nur auf frühere Aeußerungen der bayerischen Regierung und schon bekannte Stellungnahme zur Einwohnerwehr bezogen werden kann."

Deutlicher kann sich die völlige Hilflosigkeit dieser bürgerlichen Helden nicht mehr manifestieren.

Bayerische Methoden.

München, 31. Oktober. Der ehemalige Reichswehrsoldat Dobner, der von Münchener Studenten, denen er ein geheimes Waffenlager verraten wollte, übel zugerichtet und darauf durch seine abenteuerliche Erzählung von einem angeblichen auf ihn verübten Mordanschlag die schweren Beschuldigungen der Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen die Münchener Polizei veranlaßt hatte, ist gestern abend verhaftet worden.

So ist es recht. Die Mordbuben läßt man laufen, die unbequemen Zeugen werden verhaftet.

Löwenstein und Eichhorn nicht bestätigt.

Wie eine Korrespondenz von zuständiger Stelle erfährt, hat der Oberpräsident Dr. Maier sämtliche Mitglieder des neuen Magistrats Berlin bestätigt mit Ausnahme des zum Stadtschulrat gewählten Dr. Kurt Löwenstein und des zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Redakteurs Emil Eichhorn. Die Nichtbestätigung Dr. Löwensteins und Eichhorns ist, wie immer in solchen Fällen, ohne Angabe von Gründen ausgesprochen.

So sieht die bürgerliche „Demokratie" in Wahrheit aus.

Wiederaufnahme des regelmäßigen Warenverkehrs nach dem Westen.

Paris, 1. November. Von heute an wird der regelmäßige Warenverkehr zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien und England andererseits wieder aufgenommen.

Die amerikanischen Wahlen.

Günstige Aussichten für Harding.

Neuyork, 2. November. Die Wahlen für die Präsidentschaft haben heute früh begonnen. Die Wetten standen allgemein zu gunsten des Senator Harding. In dem ersten Bezirk, in dem das Endergebnis festgestellt wurde, erhielt Senator Harding 28 und Cox 6 Stimmen.

Glückliches Volk, in dem die Wahl des Oberhauptes der „Demokratie" vor allem als Anlaß zu Willen dient.

Die Zusammensetzung des internationalen Arbeitsamtes.

Am 5. Oktober 1920 fand die 5. Sitzung des Zentralkomitees des internationalen Arbeitsamts in Genf statt. Als Vorsitzender fungierte der französische Delegierte Herr Arthur Fontaine, der Regierungsvertreter Frankreichs. Das Zentralkomitee des internationalen Arbeitsamts setzt sich aus 28 Delegierten zusammen, aus 11 Vertretern der kapitalistischen Regierungen, sechs Delegierten der Unternehmer und sechs „Arbeitervertretern", die von den Gewerkschaften delegiert sind. Die Unternehmer und Regierungsvertreter haben also die überwiegende Mehrheit und das Verhältnis ist 17 zu 6. Die Namen der Regierungsvertreter sind: M. Arthur Fontaine (Frankreich), Präsident. M. Leymann (Deutschland), M. Mahaim (Belgien), de Alca (Spanien), Sir Malcolm Delevinge (Grande-Bretagne), Baron Mayor des Planches (Italien), M. Nagai (Japan), M. Sokal (Polen), M. Rufenacht (Schweiz).

Die Unternehmerorganisationen werden vertreten durch: M. Carlier (Belgien), M. Pinot (Frankreich), General Baylah (Grande-Bretagne), M. Pirelli (Italien), M. Schindler (Schweiz), M. Hodacz (Tschecho-Slowakai).

Die Amsterdamer Internationale hat in das Arbeitsamt entsandt die Genossen: M. Legien (Deutschland), M. O. Dell (Kanada), M. Jouhaux (Frankreich), M. Stuart Brunning (Groß-Britannien), M. Oudegeest (Niederlande), M. Thorberg (Schweden).

Wie aus der Zusammensetzung des internationalen Arbeitsamts ersichtlich ist, haben die deutschen Unternehmer auf die Entsendung eines eigenen Vertreters verzichtet. Ihre Interessen werden durch Legien so gut gewahrt, daß sie sich einen eigenen Interessenvertreter ersparen können. Außer den offiziellen Delegierten beschäftigt das internationale Arbeitsamt noch eine ganze Anzahl von Sekretären mit einem Jahresgehalt von 100 000 Frank. Albert Thomas, der Direktor dieses „Friedensinstrumentes" bezieht bekanntlich ein Jahresgehalt von 220 000 Franks. Er reist durch die kapitalistischen Staaten, um Propaganda für den Ausgleich der Klassengegensätze und für den sozialen Frieden zu treiben. Kürzlich war er in Berlin, jetzt ist er in Warschau. Bezahlt wird Thomas vom Völkerbund. Die anderen Arbeitervertreter im internationalen Arbeitsamt spielen in der Amsterdamer Internationale eine führende Rolle und sitzen zum Teil im Vorstand derselben. Haben nun die Genossen Sinowjew und Losowski recht, wenn sie diese Führer der Amsterdamer Internationale Agenten der Bourgeoisie genannt haben?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0002

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätte Schneidemühl.

Wir erhalten die folgende Zuschrift, welche den verlogenen Wolffbericht, der dieser Tage durch die Presse ging, und die völlig grundlose Sabotageaktion der Verwaltung im richtigen Lichte zeigt.

Durch das WTB. wurde am 28. Oktober in der Presse die Nachricht von der Schließung der Eisenbahnwerkstätte in Schneidemühl verbreitet. In kurzen und leider irreführenden Worten, die geeignet sind, die dortige Arbeiterschaft herabzuwürdigen und nur ihr die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen aufzubürden, wurde dabei mitgeteilt, daß bei der Durchführung des Rauchverbots nach erregten Verhandlungen einer der Amtsvorstände tätlich angegriffen, mißhandelt und in einer Betriebsversammlung seine Entfernung verlangt worden sei.

Nach eingehender Prüfung der Sachlage muß festgestellt werden, daß hier eine ungeheure Uebertreibung und eine ungerechtfertigte Willkürmaßnahme der Zweigstelle Preußen-Hessen des Reichsverkehrsministeriums vorliegt, die wieder einmal den noch immer lebendigen Geist des alten schneidig brutalen Preußens hervortreten läßt. Der Tatbestand ist in kurzem folgender:

Bei der Durchführung des sogenannten Rauchverbots in den Werkstätten hatte man aus wichtigen Gründen die Werkstätte Schneidemühl bisher unbehelligt gelassen. Einer der vielen Kommissionen, welche die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten prüfen und fördern sollen und, nebenbei gesagt, dem Staate viel Geld kosten, war diese Tatsache aufgefallen. Auf ihren Bericht hin wurde nunmehr die Durchführung des Rauchverbots auch für Schneidemühl verfügt. Von dieser Verfügung erhielt weder der Werkstätten-Hauptbetriebsrat noch der Werkstätten-Bezirksbetriebsrat Osten Kenntnis. Diese Unterlassung hat sich bei der Durchführung des Rauchverbot in Schneidemühl bitter gerächt. Der dortige Amtsvorstand, Inspektor Heydemann, ließ am 19. Oktober in der Werkstätte einen Aushang zum Anschlag bringen, in dem kategorisch das Rauchen in den Werkstätten verboten und zur Anerkennung dieses Verbots die Einzeichnung der Bediensteten in besondere Listen verlangt wurde. Dieser Amtsvorstand, der erst vor kurzer Zeit als Ersatz eines Amtsvorstandes, der im besten Einvernehmen mit der Arbeitervertretung die dortige Werkstätte geleitet hat, gewissermaßen als etwas schneidiger diktatorischer Vertreter der Verwaltung die Leitung der Werkstätte übernommen hatte, verstand es nicht, den richtigen Kontakt zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft herzustellen. Verschiedene seiner Aeußerungen und die Tatsache, daß er bei wichtigen Betriebsangelegenheiten die Mitwirkung des örtlichen Betriebsrats zu umgehen wußte oder ablehnte, beweisen das zur Genüge. Der örtliche Betriebsrate hatte vor Bekanntmachung des Anschlages, wie es sein gesetzliches Recht ist, die Vorlage der Verfügung des Reichsverkehrsministeriums, welches die Durchführung des Rauchverbots auch für Schneidemühl anordnete, verlangt. Dieser berechtigte Wunsch wurde abgelehnt. Auf eine Anfrage des örtlichen Betriebsrats bei dem Werkstättenbezirksbetriebsrat Osten und dem Werkstätten-Hauptbetriebsrat wurde ihm mitgeteilt, daß dorthin von einer solchen Verfügung nichts bekannt war. Hieraus entstand die verständliche Auffassung, daß die Durchführung des Rauchverbots eine persönliche Maßnahme des Amtsvorstandes sei, der damit die Arbeiterschaft schikanieren wolle. Der Betriebsrat empfahl nunmehr seinerseits der Belegschaft, das Rauchverbot nicht anzuerkennen und die Einzeichnung in die Listen abzulehnen. Daraufhin bequemte sich der Herr Amtsvorstand dazu, dem Betriebsrat nachzuweisen, daß die Verfügung tatsächlich seitens des Reichsverkehrsministeriums erlassen sei. In einer durch Anschlag bekanntgegebenen Berichtigung wurde dieses seitens des Betriebsrates der Belegschaft mitgeteilt. Diese Berichtigung, welche sich bei einigem Entgegenkommen und gesetzmäßigem Verhalten des Amtsvorstandes von vornherein hätte vermeiden lassen, rief naturgemäß unter der Arbeiterschaft große Verwirrung hervor. Es wurde die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung von der Belegschaft verlangt. Der Betriebsrat lehnte die Einberufung ab. Die Erregung unter der Arbeiterschaft und das Verlangen nach Aufklärung führte trotz dieser Ablehnung dazu, daß die Belegschaft am Mittwoch, den 20. Oktober, auf ein von unverantwortlicher Seite gegebenes Signal hin, zu einer Betriebsversammlung zusammenströmte. In dieser Betriebsversammlung, die spontan entstand, wurde der Betriebsrat gezwungen, Bericht zu erstatten. Alle Versuche des Betriebsrats, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, schlugen ins Gegenteil um. Die Belegschaft war nicht mehr davon zu überzeugen, daß die Durchführung des Rauchverbots auf eine Anordnung des Reichsverkehrsministeriums zurückzuführen sei. Es herrschte die Auffassung, daß der Amtsvorstand, Herr Inspektor Heydemann, die Arbeiterschaft wiederum einmal aus persönlichen Motiven heraus drangsalieren wollte. Zuletzt wurde stürmisch das persönliche Erscheinen des Amtsvorstandes verlangt. Dieses Verlangen wurde von dem Inspektor Heydemann abgelehnt. Begreiflicherweise wurde durch die Ablehnung der Unmut der Arbeiterschaft noch mehr gesteigert. Ein großer Teil der Versammlungsbesucher begab sich nunmehr zum Amtsgebäude, um den Amtsvorstand persönlich zu sprechen. Schon hierbei wurde durch die Mitglieder des Betriebsrats Schlimmes verhütet. Herr Inspektor Heydemann erklärte nunmehr seine Bereitwilligkeit, in der Betriebsversammlung zu erscheinen und zu der Belegschaft zu sprechen. Bei seinem Erscheinen wurde er leider mit Zahlen und Schreien empfangen, so daß es ihm nicht möglich war, sich verständlich zu machen. Auch dem Betriebsrate gelang es nicht mehr, die erregten Gemüter zu beruhigen. Aus der Versammlung heraus wurde die sofortige Suspendierung des Amtsvorstandes verlangt. Der Amtsvorstand machte geltend, daß er nur den Weisungen seiner vorgesetzten Behörde, welcher er sofort Bericht erstatten werde, folgen müsse. Plötzlich entstand, wahrscheinlich durch unverantwortliche Personen hervorgerufen, in der Versammlung ein starkes Durcheinander, so daß es dem Betriebsrat nur mit Mühe gelang, den Amtsvorstand aus der bedränglichen Lage zu retten. Dieses ist im großen und ganzen der nackte Vorgang, der am 22. Oktober zur Schließung der Hauptwerkstätte Schneidemühl geführt hat.

Der Amtsvorstand hatte sich sofort nach diesen Vorgängen persönlich nach Berlin begeben, um dem Ministerium Bericht zu erstatten. Zu dieser Berichterstattung wurde auch der Werkstätten-Hauptbetriebsrat hinzugezogen. Es konnte dabei die Feststellung gemacht werden, daß dem Amtsvorstand, Herrn Inspektor Heydemann, persönlich nicht ein Haar gekrümmt worden ist. Den Mitgliedern des Werkstätten-Hauptbetriebsrats, die nur ausnahmsweise einmal gnädig zu dieser Berichterstattung hinzugezogen hatte, wurde von vornherein eröffnet, daß hier alles Parlamentieren nichts mehr nutzt, die Verwaltung sei sich darüber klar, daß die Werkstätte unter allen Umständen sofort geschlossen werden müsse. Ueber alle Einwände und besonders über die Anregung, die Angelegenheit an Ort und Stelle durch Vertreter der Verwaltung und Mitglieder des Werkstätten-Hauptbetriebsrats zunächst zu prüfen, ging man glatt hinweg. Man hielt es später nicht einmal für notwendig, den Werkstätten-Hauptbetriebsrat von der angeordneten Schließung zu verständigen. Diese Verständigung erfolgte erst offiziell, nachdem die Presse bereits die WTB.-Meldung gebracht hatte.

Voraussichtlich wird die Hauptwerkstätte am 30. Oktober wieder eröffnet werden. Es ist hierbei eine Dezimierung der Belegschaft geplant. Dadurch zeigt die Zweigstelle Preußen-Hessen ihr wahres Gesicht. Nicht die von der Verwaltung geschilderten Vorgänge waren für die Schließung maßgebend, sondern die Dezimierung der Belegschaft, durch welche unbequeme Elemente entfernt werden sollen. Aus den vorstehenden Darstellungen dürfte klar und unzweideutig zu ersehen sein, daß die wahre Ursache der bedauerlichen Vorgänge in Schneidemühl in der planmäßigen Sabotierung der Betriebsräte und in der taktischen Unfähigkeit des Amtsvorstandes zu erblicken ist. Es ist bedauerlich, aber es muß bei dieser Gelegenheit auch hier einmal zum Ausdruck gebracht werden, daß die Zweigstelle Preußen-Hessen des Reichsverkehrsministeriums die Betriebsräte bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Funktionen stark behengt. Das geht schon daraus hervor, wenn hier festgestellt werden muß, daß man den Werkstätten-Hauptbetriebsrat in seiner nunmehr vierteljährigen Tätigkeit erst zu zwei ziemlich belanglosen Sachen um seinen Rat gefragt hat. Es darf wohl erwartet werden, daß der Reichsverkehrsminister die Zweigstelle Preußen-Hessen veranlaßt, ihren gesetzlichen Verpflichtungen, welche aus dem Betriebsrätegesetz entspringen, nachzukommen. Von einer Behörde, gewissermaßen als Trägerin der gesetzlichen Gewalt, sollte man ohne weiteres erwarten, daß sie Gesetze und Verordnungen heilig hält.

Es ist bezeichnend, wenn man, statt aus den Vorgängen in Schneidemühl die richtige Nutzanwendung zu ziehen, zu neuen Gewaltmaßregeln greift, die viele unschuldige Personen empfindlich schädigen und neue Erbitterung schaffen müssen. Wir hätten erwartet, daß die Zweigstelle Preußen-Hessen die Vorgänge in Schneidemühl als ein warnendes Menetekel betrachtete.

Werkstätten-Hauptbetriebsamt im Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Preußen-Hessen.

Gegenoffensive der Litauer.

Kowno, 1. November. (Litauisches Telegraphen-Bureau.) Die Litauer haben gestern früh in hartnäckigen Kämpfen den Feind hinter die Linie Dubance—Krewayn—Salupient—Raupiszki zurückgedrängt.

Eine russische Note an England.

London, 1. November. (Reuter.) In einer Note der Moskauer Regierung an das britische Auswärtige Amt wird dagegen Einspruch erhoben, daß britische Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, bolschewistische U-Boote im Schwarzen Meer und in der Ostsee angreifen, da die Moskauer Regierung sich nicht als im Kriegszustand mit Großbritannien befindlich betrachte. Eine andere Note verlangt, daß die englische Regierung die Streifzüge der Streitkräfte von Balahowitsch und Petljura in Weiß-Rußland und in der Ukraine nicht unterstütze.

Selbstverwaltung in Irland.

London, 2. November. Es wird eine Kommission gebildet werden, die ganz unabhängig von jeder Parteirichtung sich mit der Einführung der Selbstverwaltung in Irland und mit der Herbeiführung einer annehmbaren Lösung des Konfliktes befassen soll.

Englands Herrenklasse behandelt die Iren nach denselben Methoden wie man rebellische Proletarier unschädlich zu machen sucht. Verhandlungen und Aussicht auf Zugeständnisse sollen die Kampfkraft, wenn sie zu gefährliche Formen annimmt, lähmen.

Die Lohnbewegung der franz. Bergarbeiter.

Die Bergherren „können" nicht mehr zahlen.

Paris, 1. November. Nach Journal haben die Grubenbesitzer dem Arbeitsminister mitgeteilt, daß sie angesichtlich angesichts der wirtschaftlichen Lage die Löhne der Grubenarbeiter nicht erhöhen könnten

Selbstverständlich, sonst ließen sich ja die Dividenden nicht auf so schwindelnder Höhe erhalten.

Die Arbeiterbewegung in Indien.

AWB. Die Arbeiterbewegungen in Indien werden immer bedeutender, nicht nur weil sie häufig und langandauernd sind und die Tendenz zeigen, sich immer weiter auszubreiten, sondern auch, weil sie den Zusammenschluß der proletarischen Kräfte mächtig fördern. Die Arbeiter haben sich mit überraschender Schnelligkeit in den Gewerkschaften organisiert. Die wirtschaftliche Unsicherheit zeigt sich nicht nur in unaufhörlichen Streiks, sondern auch in der stets wachsenden Zahl der von den Arbeitergruppen veranstalteten Konferenzen.

Die wichtigste dieser Konferenzen war die von Madras, an welcher die Delegierten aller Provinzen teilnahmen. Die Konferenz bedeutet einen der ersten Versuche der industriellen Arbeiter, ihre Energien und Kräfte auf ein einziges Ziel, die Erringung besserer Löhne für das Proletariat, zu konzentrieren.

Schon haben die Arbeiter den Zwölfstundentag errungen; obgleich dieses Resultat äußerst bescheiden erscheint, ist es für Indien bereits von großer Bedeutung. Die Arbeitergruppen beschäftigen sich nicht allein mit wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen Fragen. Letzthin nahmen 20000 Delegierte am Nationalkongreß teil. Diese Zahl ist in den Annalen des Kongresses bisher unerreicht.

WTB. Haag, 30. Oktober. „Nieuwe Courant" meldet aus London: Berichte aus Simla besagen, daß in den Bezirken Amritsar, Lahore und Shaikpurah der uneingeschränkte Belagerungszustand erklärt worden ist. Arbeiterversammlungen sind nur mit besonderer Erlaubnis gestattet. Diese Maßnahme ist wegen Hetzereien gegen die britischen Behörden erfolgt, deren sich zahlreiche nationalistische Agitatoren schuldig gemacht haben.

Das Borsigwerk stillgelegt.

Eine Machtprobe in der Berliner Metallindustrie.

Die industriellen Scharfmacher rüsten zum Kampf. Sie gehen zur direkten Aktion, und zwar zu systematischen Betriebsstillegungen über. Wie seit jeher, so wird auch diesmal wieder in Berlin der erste gewaltsame Vorstoß unternommen, in der Erwartung, wenn es gelingt in Berlin ein Exempel zu statuieren, die Verhältnisse im ganzen Reiche sich ähnlich gestalten würden. Maßgebende industrielle Firmen Berlins, wie die Lokomotivfabrik Borsig, die Telephonfabrik Lorenz, die Automobilfabrik Aga und noch einzelne kleinere Betriebe, sind infolge geringfügiger Differenzen, die wegen der Entlohnung eines Teiles ihrer Belegschaft mit der Betriebsleitung ausgebrochen waren, dazu übergegangen, in brutalster Weise den gesamten Betrieb zu schließen, und damit die Arbeitslosigkeit und das wirtschaftliche Elend ins Ungemessene zu steigern.

Der typische Fall dieser großzügigen Unternehmersabotage ist die Schließung der Lokomotivfabrik Borsig. Weil 300 in Lohn arbeitende Facharbeiter die Forderung aufstellten, ihre Löhne wenigstens einigermaßen an die Verdienste gleichwertiger Akkordarbeitergruppen anzupassen, und nachdem die Arbeiterschaft von dem Recht der Arbeitsverweigerung Gebrauch gemacht hat, hat die Firma die in Frage kommenden Arbeiter einfach entlassen. Aber durch die Anwendung dieses Zwangsmittels konnte die Arbeiterschaft von dem Beharren auf ihrer Forderung nicht abgebracht werden. Nachdem ein Teil dieser 300 Arbeiter 14 Tage vom Betriebe ferngehalten wurde, hat die Firma kurzerhand den gesamten Betrieb geschlossen, trotzdem es feststeht, daß wichtige und wesentliche Teile des Betriebes auch ohne die Arbeiterentlassungen ihre Produktion hätten fortführen können.

Die Firma Borsig hat unter bewußter Verletzung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu diesem brutalen Mittel gegriffen, indem sie den Betriebsausschuß von der von ihr beabsichtigten Maßnahme absolut nicht in Kenntnis setzte, trotzdem diese Firma ausschließlich von Staatsaufträgen lebt, die von der Allgemeinheit, also auch der Arbeiterschaft, bezahlt werden. Die Hinterhältigkeit der Begründung, die die Firma Borsig bereits in die Presse lanciert hat, ergibt sich daraus, daß der Betriebsschließung folgende Bekanntmachung vorausging:

Bekanntmachung:

Infolge der Vorgänge der letzten Wochen ist eine ordnungsgemäße Fortführung des Betriebes nicht mehr möglich, so daß ich mich gezwungen sehe, auch die noch teilweise arbeitenden Betriebsabteilungen bis auf weiteres endgültig zu schließen, und zwar erfolgt der Schluß für die erste Schicht um ½8 Uhr, für die zweite Schicht um 11 Uhr abends.

Mit dem heutigen Tage gilt die gesamte Arbeiterschaft des Werkes als entlassen.

Die Löhnung erfolgt am Mittwoch, den 3. November d. J., im großen Kassensaale durch die Meister, und zwar für den Betrieb 1 um 2 Uhr, für den Betrieb 2 um 3½ Uhr.

Die Restlöhnung findet am Donnerstag, den 4. November d. J., am gleichen Ort zu der gleichen Zeit statt.

Die Wiedereinnahme der Arbeit wird entsprechend den Betriebsverhältnissen jedem einzelnen durch schriftliche Mitteilung bekanntgegeben. Diese schriftliche Mitteilung dient als Ausweis für die Wiedereinstellung und ist am Werkseingang vorzuzeigen.

Für diejenigen Arbeiter, die seit dem 18. Oktober 1920 nicht infolge eigener Arbeitsverweigerung, sondern infolge Unmöglichkeit der Weiterbeschäftigung entlassen wurden, und bei Wiedereröffnung des Betriebes neu eingestellt werden, bin ich bereit, die Zeit der Entlassung nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses zu betrachten.

Diejenigen, die ihre Entlassungspapiere wünschen, sollen dies schriftlich dem Lohnbureau mitteilen; die Zustellung erfolgt nach Maßgabe der Arbeitsordnung. Diejenigen Arbeiter, die während des Werksstillstandes zu dringenden Notstandsarbeiten gebraucht werden, werden durch die einzelnen Abteilungsleiter bestimmt.

Berlin, den 1. November 1920. A. Borsig.

Es zeigt sich also hier, daß es der Firma nicht darum zu tun ist, die um ihre Existenz ringende Arbeiterschaft in den Betrieb zu bekommen, sondern einen Teil der Arbeiterschaft, der sich in der Interessenvertretung seiner Mitarbeiter ganz besonders hervorgetan hat, zu maßregeln.

Wenn der Streit bisher als ein untergeordneter Lohnstreit zu betrachten war, so wird er durch die Absicht der Firma Borsig auf ein ganz anderes Gebiet geschoben und es wird in dem Kampf eine Schärfe hineingetragen, die nur von der Absicht diktiert sein kann, durch den Versuch, ein Exempel zu statuieren, der Arbeiterschaft die Macht und das Herr-im-Hause sein der Industriemagnaten fühlen zu lassen.

Notizen.

Die Entente als Schirmerin der „Demokratie". Danzig, 1. November. Der Stellvertreter des Oberkommissars in Danzig hat während der Verhandlungen über die polnisch-Danziger Konvention in Paris jede öffentliche Versammlung in Danzig, die die Erörterung politischer Angelegenheiten zum Gegenstand hat, verboten.

Der belgische Parteitag für Koalitionspolitik. Paris, 1. November. Nach einer Havas-Meldung aus Brüssel hat sich der sozialistische Parteitag für die Beteiligung der Sozialisten und ein neues Koalitionsministerium ausgesprochen.

War von diesen Scheidemännern kaum anders zu erwarten.

Neue Armeniermetzeleien? London, 1. November. Wie Reuter erfährt, ist die Stadt Hadschingefallen. 10000 Armenier, welche den türkischen Nationalisten seit März d. J. Widerstand geleistet hätten, seien niedergemetzelt worden.

Diese Reutermeldung ist mit großer Skepsis aufzunehmen. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Stimmungsmache.

Ueberall Streiks. Paris, 1. November. Nach einer Havas-Meldung aus Madrid haben die Hafenarbeiter von Cartagena und Murcia die Arbeit niedergelegt. In Santander streiten die Buchdrucker und Bergarbeiter.

Marseille, 1. November. (Havas.) Die Arbeiter der chemischen Industrie haben gestern den allgemeinen Ausstand von Mittwoch an angekündigt, wenn nicht eine Lohnerhöhung von zehn Prozent und eine Zulage für verheiratete Arbeiter bewilligt wird.

Große Brände. Berlin, 2. November. In Spandau brach es gestern in den Anlagen der Berliner Metall-Industrie-Gesellschaft ein Großfeuer aus, das das gesamte Werk einäscherte. Der Schaden beläuft sich auf zwei Millionen Mark.

Königshütte, 3. November. Gestern abend ist die zwei Meter lange Gasleitung von Bismarckhütte nach Kleophasgrube ausgebrannt, 32 Kubikmeter Gas sind ein Raub der Flammen geworden. Es wird Brandstiftung angenommen, da das Hauptrohr an verschiedenen Stellen durchgesägt war. Sieben Feuerwehrleute und drei beim Löschen beschäftigte Hilfspersonen mußten wegen Gasvergiftung nach dem Krankenhaus geschafft werden.

Wirtschaftspolitik.

Die russischen Lokomotivaufträge.

Die von Minister Simons bereits vor einiger Zeit erwähnte Bestellung russischer Lokomotiven in Deutschland sollte erst nach England gegeben werden, aber die englischen Forderungen waren zu hoch, so daß sich die Sowjetregierung entschloß, in Deutschland die Lokomotiven bauen zu lassen. Bei dem Auftrage, der sich auf beiläufig 600 Millionen Goldmark beläuft, ist allerdings die Bestimmung getroffen, daß er in Wirklichkeit erst dann erteilt wird, wenn der russisch-polnische Streit beigelegt ist.

Die Verträge sind aber in allen ihren Einzelheiten bereits fertiggestellt und harren nur noch der Unterzeichnung. Die russischen Gelder sind bei zwei auswärtigen Banken angelegt, wo der deutschen Regierung entsprechende Kredite für Lebensmittel und Rohstoffankäufe eröffnet werden.

Für die Ausführung der russischen Riesenbestellung hat sich in der deutschen Industrie ein Konzern gebildet, dem folgende Firmen angehören: Hartmann (Chemnitz), Borsig (Berlin), Maffei (München), Krupp (Essen) und Henschel (Kassel).

Die Vorbereitungen für russische Aufträge an die deutsche Lokomotivindustrie gehen, wie bekannt, ungefähr bis zum Anfang dieses Jahres zurück. Sie wurden zunächst mit dem Deutschen Lokomotivausführverband von der russischen Regierung eingeleitet, und der Verband seinerseits suchte die deutsche Lokomotivindustrie in ihrer Gesamtheit zu interessieren. Mit den wachsenden Absatzschwierigkeiten, die sich, wie in der Gesamtindustrie insbesondere auch in der Lokomotivindustrie, der sich manche Außenseiter-Fabriken zugewandt haben, geltend machte, wuchs ganz begreiflicherweise auch das Interesse an diesen von Rußland her winkenden großen Aufträgen. Die Verhandlungen, die in Berlin begonnen wurden, sind in Stockholm fortgesetzt worden; von beiteiligter Seite hören wir, daß die Unterzeichnung der Lieferungsverträge in der Tat möglicherweise bald bevorstehen solle. — Die glatte Erledigung dieses erfreulichen und bedeutsamen Anfangs einer Wirtschaftsbeziehung zwischen Deutschland und Rußland, die für beide Seiten von ungeheurem Werte wäre, wird allerdings durch die russenfeindliche Politik erschwert, die unser Auswärtiges Amt einschlägt. Die skandalöse Behandlung der Russen in Deutschland gehört in dieses Kapitel, und noch schlimmer ist, daß man von dem Plane munkelt, mit Wrangel in Beziehung zu treten. Dabei würde allerdings auch die Arbeiterschaft ein Wort mitreden.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches: Oskar Ewert; für Lokales: Werner Scholem; für Aus der Provinz: Groß-Leipzig, Dresden und Umgebung: Hans Bohlin; für Unterhaltungsblatt: Johann Janssen; für Anzeigen: Fritz Grob; Verlag: Vorwärts, G. m. b. H.; Druck: Sächsische Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1473.

Mitgliederversammlungen.

Halle.
Freitag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Volkspark.
Tagesordnung:
Die Gewerkschaften, Betriebsräte und 3. Internationale.
Erscheinen aller ist dringend notwendig. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sennewitz.
Mittwoch, den 3. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof „Schwarzer Adler".

Nauendorf.
Freitag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Husung.

Schiepzig.
Freitag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Gasthof Dorenberg.

Bruckdorf-Zwintschöna.
Donnerstag, den 4. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof Große.

Gutenberg.
Mittwoch, den 3. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof Hummel.

4863 Der Vorstand. Lemck.

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Sekretariat: Weißenfels, Dammstraße 18. Fernsprecher 405.

Theißen.
Donnerstag, den 4. Nov., abends 7½ Uhr, im Blauen Stern:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Das Mitbringen der Mitgliedsbücher ist unbedingt erforderlich.
(54) Der Zentralvorstand.

USP. Däumig — Adolf Hoffmann USP.

Eilenburg.

Freitag, den 5. November, ½8 Uhr abends, im Schwarzen Adler:
Mitglieder-Versammlung.
Thema:
Die Gewerkschaften und die 3. Internationale.
Referent: Genosse Bowitzky (Halle).
*2582 Der Vorstand. J. A.: Paul Riegel.

Tanzschule Nicolaus (früh. Traxdorfs Tanzlehr-Institut)
Leipziger Straße 63. Fernruf 5083.
Der nächste Zirkel für **Anfänger** beginnt am *2572
6. Dezember 1920, 8 Uhr abends.
Anmeldungen jederzeit.
Albert Nicolaus, Mitglied d. Bundes Deutscher Tanzlehrer.

Zigaretten!

Virginia Brights, genau wie Chesterfield, ohne Aufdruck, zehner Packung. Camel, Piedmont, Jseberg u. a. ausländische Marken mehr. Ferner die beliebten 4813
Sport, Salem, Manoli, Pteo, Reitschule, Ernst August, Mikah, Dicke Bohnen
gibt zu Fabrikpreisen an Gastwirte, Kantinen und Wiederverkäufer ab.
Billigste Bezugsquelle. Versand :—: nach außerhalb franco :—:
A. M. Berndt, Alte Promenade 6.

Bitte zu beachten!
Zu Leipziger Preis werden von mir gekauft:
Zum Beispiel:
Wolle, Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink, Felle, Lumpen, Zeitungen, Papier, Knochen, Bücher und Makulatur (8)
Auf Wunsch wird jeder Posten abgeholt.
Heinrich Birnbach, Weißenfels
(Sächsischer Hof). — Fernruf 871.

Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Die
Weihnachts-Ausstellung
ist eröffnet!
Ich bringe trotz der Preissteigerung Waren zu den billigsten Preisen, wovon sich jeder überzeugen sollte. 4828

1920

Handtücher 8,— 11,— 13,—
Wischtücher 5,95 9,— 12,—
Damenhemden 40,— 45,— 52,—
Herrenhemden 42,— 48,— 56,—
Eins.-Hemden 48,— 52,— 56,—
Reform- Hosen
Unterhosen 16,50 28,— 36,—
Taschentücher 4.50 6,— 7,—
Unterjacken 42,— 48,— 52,—
Prinzeß- Röcke
Hosenträger 14,— 16,— 18,—
Jagdwesten 56,— 65,— 76,—
Weiße Unterröcke
Bettlaken 85,— 98,— 120
Schlafdecken 25,— 39,— 48,—
Kl. der- alle Trikots Größen
Bettbezüge, weiß 150,— 165,— 190,—
Bettbezüge, bunt 165,— 185,— 200,—

Große Auswahl in den schönsten und besten Geschenkartikeln zum **Weihnachtsfest!**

Gelegenheitskaufhaus Schmeerstr. 5, 1 Treppe.

3 Könige
Alles schüttelt sich vor Lachen über: 4857
Lies'l Streich
in ihren urkomischen Vorträgen.
Ferner das übrige glänzende Programm.

Bekanntmachung.
Innungs-Krankenkasse der Schneider-Zwangsinnung zu Halle (Saale).
Der vom Ausschuß in seiner Sitzung vom 31. Juli 1920 beschlossene Satzungsnachtrag ist vom Oberversicherungsamt genehmigt. Derselbe tritt, soweit derselbe noch nicht in Kraft getreten ist, in vollem Umfange, auch hinsichtlich der Familienhilfe und der Beitragsleistung, am 1. November 1920 in Kraft. Die näheren Bestimmungen sind in dem in einigen Tagen zur Ausgabe gelangenden Satzungsnachtrag enthalten. Familienhilfe-Kurscheine sind bis auf weiteres von der Kassenverwaltung unter Vorlegung der Mitgliedskarte abzufordern.
Halle (Saale), den 1. November 1920.
Der Vorstand.
Th. Blume, I. Vors. Fr. Streifler, II. Vors. 4854

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

UNSERE 4866 berühmte u. beliebte
Strickwolle
in prima Friedensqualität
ist wieder zu haben
1/5 kg 17⁵⁰ 18⁵⁰ 19⁷⁵ 22⁵⁰
in schwarz und grau
VERSAND UNTER NACHNAHME
ALEX MICHEL
HALLE, MARKT 18

Gesund und ohne Sorge! 2587
Bei Blutarmut, Schwäche, Wasserjahre, Rheuma, Hämor., Weißfl., Harn- u. G. leiden, Störungen schnelle, sich. Hilfe dch. Schül. v. Prof. D.: **Frau Elise Vogel,** Hamburg 39: Hv. Leid. gen. angeben! Ausk. frei! R. porto!

Raucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
*2244] München B 26, Waltherstr. 38

Eheleute!
verlangen gratis Preisliste über hygienische u. sanitäre Bedarfsartikel.
Versand-Haus „Rheinland", Essen (Ruhr).
*2299] Postfach.

Bettnässen
sofort. Befreiung. Viele Dankschreiben
Preis 30 Mk.
Alter u. Geschlecht angeb
Zu beziehen durch *2581
Versand Kilger, München 1, Georgenstr. 49.

Chr. Glaser,
Gr. Klausstr. 24.
Öfen, Herde, Ofenrohre, Ringplatten, Roste. 4825

Frauen,
denen bei Störung der Periode (Blutstockung usw.) andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sofort Präparate. Marke: *2492
Sorgenfrei.
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1.00 Voreinsendung. Generaldepot: H. Schäfer, München, Arnulfstraße 42.

Schwerhörigkeit! Ohrensausen!
nervöse Gehörstörungen
Ausk. zu deren Beseitigung erteilt vollständig umsonst Dr. med. Th. Eisenbach. München B 38, *2196 Postfach München 18.

Apollo-Theater. Tägl. 7½ Uhr: in glänzend. Ausstattung: **Die Frau im Hermelin** Optte. i. 3 Akt. v. J. Gilbert. **In den Hauptrollen:** **Käse Intra,** vom Theater d. Westens, Berlin, **Kurt Dissen,** vom Operetten-Theater, Bremen. 4838
Vorverkf. 9—1 u. 5—6.

Stadttheater.
Donnerstag, d. 4. Novbr., Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Freitag, Anfang 6½ Uhr: **Die Walküre.** 4839

Modernes Theater.
Neue Promenade 8.
Kabarett-Varieté.
Der grosse November-Spielplan 12 Attrakt. Anf. 7 Uhr.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: Kleine Preise.
4851 Donnerstags: Kabarett u. Künstler-Ball.

Restaurant
Kristallhallen,
Harz 51. 4838
Guten kräftigen **Mittagstisch** zu mäßigen Preisen.
Speisen zu jeder Tageszeit.

Weißenfels.
Arbeit.-Gesangverein Hoffnung.
Donnerstag, abds. 7½ Uhr:
Singestunde.
Männerchor (dringend).
(52) Der Vorstand.

Pelze
kaufen Sie jetzt noch billig!
Kanin-Kragen Fuchsform, mit Kopf u. Schweif 72⁰⁰ an
Kanin-Capes Frauenform, von 115⁰⁰ an
Braune u. blaue Pelze sehr aparte Form noch 265
Kreuzfüchse noch 575
Zobelfüchse noch 475
Silberf. Füchse noch 950
Pelzhüte von den billigsten bis zu den elegantesten
Ausnahme-Angebot!
Gerade Alaskafüchse, hocheleg., zu ganz besond. billigen Preisen schon von 590 an
Ferner:
Skunks, Marder, Iltis, Herz, Seal, Persianer zu sehr niedrigen Preisen *2583
Rosenberg,
Spezial-Pelz-Etagen-Geschäft,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 6-8
Hans Wollmer, 1 Treppe
Mk. 10.— Fahrvergütung f. auswärtige Kunden bei Einkauf von Mk. 300.— an bei Vorzeigung dieser Anzeige.

Große
Futterschweine
billig zu verkaufen. 4861
Trothaer Straße 89.

Wohnungstausch.
Tausche 2 Zimmer, Stllg. u. Kell. in Immendorf-D. gegen 2 bis 4 Zimmer in Halle oder Umgegend. Kl. leerer Raum z. Unterstellen v. Möbeln z. mieten gesucht. Off. u. V. 11. 703 a. d. Exp. d. Ztg. 4856

Dem Jahrestag der russischen Revolution
ist die neue Nummer der
Jugend-Internationale,
Kampforgan der Kommunistischen Jugendinternationale
gewidmet. Das 32 Seiten starke, mit zahlreichen, zum Teil farbigen Bildern geschmückte Heft, kostet nur Mark 1,—.
Bestellungen sind zu richten an den *2571
Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Str. 12.

Cabiria
der Riesen-Auslandsfilm 7 Akte!
ab Freitag, 5. November im
Walhalla-Lichtspiel-Theater
4844

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0004

Parteitag der KPD.

(Nichtöffentliche Sitzung, Montag, den 1. November 1920).

In den Sophiensälen in Berlin ist heute der Parteitag der Kommunistischen Partei, der letzte vor der Vereinigung mit der linken USP., zusammengetreten. Der Saal ist rot ausgeschlagen, mit roten Fahnen und Blattpflanzen geschmückt; über dem Vorstandstisch hängt eine rote Fahne mit der Inschrift in Goldbuchstaben: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch, es lebe die kommunistische Weltrevolution!" An den Brüstungen der Galerie befinden sich Inschriften: „Alle Macht den Arbeiterräten!" „Hoch die Kommunistische Internationale!", „Kämpft für die Weltrevolution!"

Um 9.40 Uhr eröffnet der Genosse Pieck im Namen der Zentrale den Parteitag. Er erklärt, die Frage der Verschmelzung mit der linken USP., der Geschäftsbericht, sowie die Wahl der Zentrale und des Zentralausschusses mache eine nichtöffentliche Sitzung notwendig.

In das Bureau des Parteitages werden gewählt: als Vorsitzende die Genossen Pieck und Sievert (Chemnitz), als Schriftführer die Genossen König (Rheinland), Meyer (Nordwest).

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

„Die Situation in der Partei"

referiert der Genosse Thalheimer. Die Partei steht an einem entscheidenden Wendepunkt ihrer Geschichte; sie hält ihren letzten Parteitag ab. Genosse Thalheimer schildert kurz den Werdegang der beiden Parteien, die sich in der nächsten Zeit zu der Vereinigten Kommunistischen Partei verschmelzen werden.

Auf dem

Gründungs-Parteitag der KPD.

vereinigen sich im wesentlichen drei Schichten aus dem Proletariat zur Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), der Spartakusbund, die Gruppe „Internationale" aus Bremen und Hamburg und schließlich ein großer Teil deutscher Arbeiter, die nicht aus klarer politischer Einsicht Kommunisten geworden waren, sondern denen ein unklares revolutionäres Gefühl sagte, daß sie nicht mehr zur USPD. gehören könnten.

Die Vereinigung dieser drei Gruppen führte jedoch nicht zu ihrer organischen Verschmelzung, vielmehr zeigten sich in der neuen Partei alsbald erhebliche politische Gegensätze. Den Anstoß gab die Frage des Parlamentarismus; ein Teil der Partei versuchte, die Entscheidung des Gründungs-Parteitages, sich nicht an der Wahl zur Nationalversammlung zu beteiligen, zu einer grundsätzlichen Entscheidung gegen den Parlamentarismus überhaupt anzudeuten. Der Heidelberger Parteitag führte zur Klärung dieser Frage, er brachte die Abspaltung der syndikalistischen Elemente und eröffnete damit auch der Partei den Zugang zur Gewerkschaftsfrage.

In Heidelberg hat sich die Partei konsolidiert, wenn sie auch zahlenmäßig nicht zur Massenpartei geworden ist. Die Thesen, die die Kommunistische Internationale auf ihrem zweiten Kongreß angenommen hat, decken sich in den wesentlichsten Punkten mit den Heidelberger Leitsätzen.

Anders ist die Entwicklung in der USPD. verlaufen. Schritt für Schritt haben die Massen der unabhängigen Arbeiter sich dem Kommunismus genähert, durch die revolutionären Erfahrungen selbst wurden sie Kommunisten. Das erste Bekenntnis dieser Arbeitermassen zum Kommunismus war das Leipziger Aktionsprogramm.

Jetzt nach dem Parteitag in Halle ist die Verschmelzung mit der linken USPD. unvermeidlich. Daß viele Genossen Bedenken gegen eine zu schnelle Verschmelzung haben, ist verständlich, aber diese Genossen sollen bedenken, daß auch die unabhängigen Arbeiter harte revolutionäre Erfahrungen hinter sich haben. Sie sind auf einem anderen Wege als die Kommunistische Partei zu Kommunisten geworden, nicht durch klare theoretische Einsicht, sondern im revolutionären Kampfe.

Die Verschmelzung

muß so schnell wie möglich durchgeführt werden. Das schon um deswillen, weil die kommunistische Bewegung jetzt eine Gefahrenzone durchläuft. Die Bourgeoisie wird mit allen Mitteln die Bildung einer kommunistischen Massenpartei zu verhindern suchen, dem müssen die Kommunisten beider Parteien durch Verschmelzung entgegenarbeiten.

Organisatorisch ist bei der Verschmelzung das größte Entgegenkommen geboten. Ueber die Zentralleitung haben wir uns dahin verständigt, daß eine gemeinsame provisorische Zentrale aus den Zentralen beider Parteien paritätisch gebildet wird unter Teilnahme eines Vertreters der Exekutive in Moskau. In den Bezirken und Ortsvereinen ist sofort eine enge Verbindung zwischen beiden Parteien vorzunehmen. Für die Presse ist ein gemeinsames Pressebureau bereits eingerichtet worden. Die Zeitungen sollen aus Mitgliedern beider Parteien besetzt werden. Für die Parlamentsfraktionen sowie für die in den Gemeinden und allen übrigen Körperschaften tätigen Genossen ist bestimmt, daß sie der Kontrolle und der Einwirkung der Zentrale unterstehen. Den Schlußpunkt der Entwicklung wird ein Vereinigungs-Parteitag am 3. Dezember bilden. Dieser wird von internationaler Bedeutung sein, da er vor den entscheidenden Parteitagen in Frankreich, der Schweiz und Italien stattfindet.

Wenn die Verschmelzung im Geiste der brüderlichkeit durchgeführt wird, dann wird die vereinigte Kommunistische Partei das werden, was die Kommunistische Partei gewesen ist: die geistig geschlossene revolutionäre Vorhut und Kampfpartei des deutschen Proletariats.

In der Diskussion besprechen: Schnellbacher (Hanau), Henkel (Leipzig), Thomas (München) und Heinrich (Wörs) die besonderen Verhältnisse ihrer Bezirke zur Verschmelzungsfrage.

Genosse Meyer von der Zentrale berichtet vom Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau. Einen Differenzpunkt zwischen uns und den russischen Genossen hat die Frage der Zulassung der USP. zum Kongreß gegeben. Der Beschluß, die KPD. mit beschließender Stimme zuzulassen, wurde gegen unsere Vertretung gefaßt. Die Rolle der Dittmann und Crispien in Moskau ergibt sich aus dem, was sie nachher in Deutschland getan haben. Nach der offenen Trennung der Linken von der Rechten ist die Situation vollständig verändert. Die Verschmelzung und die Bildung einer geschlossenen kommunistischen Partei in Deutschland ist nunmehr schnellstens durchzuführen. Wolff (Hamburg), Schred (Baden) und Becker fordern die Verschmelzung der Mitgliedermassen von unten auf.

Stoecker von der Zentrale der USP. stellt fest, daß sich bisher bei der Verschmelzung erstaunlich wenig Hindernisse und Schwierigkeiten ergeben hätten. Die Verschmelzung der Presseorgane der Parteien müsse möglichst schnell durchgeführt werden. Die „Internationale" mußten wir schaffen, weil wir ein Zentralorgan zum Kampf gegen den rechten Flügel brauchen. Sinowjew hat uns wiederholt dazu aufgefordert. Später muß die Verschmelzung mit der „Roten Fahne" durchgeführt werden. Auch wir wünschten einen späteren Termin des Einigungs-Parteitages, um unseren Kampf gegen den rechten Flügel besser durchführen zu können. Auch wir haben den Anregungen der russischen Genossen in dieser Frage nachgegeben, die eine möglichst frühe Vornahme der Verschmelzung wegen ihrer Wirkung auf die bevorstehenden Parteitage in der Schweiz, in Frankreich und in Italien wünschten. Auch politische Erwägungen haben beigetragen. Wir sind heute beide nicht aktionsfähig und müssen daher die geeinigte, geschlossene Partei möglichst schnell bilden.

Levi von der Zentrale vervollständigt den Bericht Meyers aus Moskau. Die Haltung der Partei zur Spaltung von der KPD. werde von den russischen Genossen gebilligt. Die Kommunistische Internationale hat zwei politische Seiten und zwei politische Aufgaben. Als eine weltpolitische Macht muß sie jede revolutionäre Bewegung unterstützen, sei sie selbst kleinbürgerlich, oder wie im Orient, nationalistisch. Gleichzeitig hat sie die Aufgabe, in allen Ländern dem Proletariat die geschlossene kampfkräftige Partei zu geben, ihre Bildung zu fördern. Das kann sie nur, wenn sie selbst eine einheitliche internationale Kommunistische Partei ist.

Zur Frage der Verschmelzung sprechen weiter: Dunker, Kranz (Limbach), Jaeger (Emden) und Tittel (Stuttgart).

Schulz polemisiert gegen Levi. Die beiden Aufgaben der Kommunistischen Internationale, auf die Levi hinweist, sind nicht von einander zu trennen. Als weltpolitische Macht muß die Kommunistische Internationale Gruppen, die revolutionäre Kämpfe führen, unterstützen. Nur in diesen Kämpfen aber könnten sich aus jenen revolutionären Gruppen kommunistische Parteien entwickeln. Die Verschmelzung mit der linken USP. ist ein schwerer Prozeß, deshalb müssen alle Hindernisse und Schwierigkeiten tatkräftig überwunden werden.

Hierauf wird der Schluß der Debatte und die Wiederaufnahme der politischen Debatte in der öffentlichen Sitzung des Parteitages beschlossen.

Die erste öffentliche Sitzung.

Am Schluß der Montagsitzung bestimmte der Parteitag, nach einem kurzen Schlußwort Thalheimers und der Entgegennahme und Diskussion des Kassenberichts, den Eberlein gab, acht Genossen zu Mitgliedern einer Programm-Kommission, die zur anderen Hälfte aus Vertretern der Unabhängigen Partei bestehen wird.

Genosse Thalheimer über die politische Lage.

Die kapitalistische Weltkrise.

Eine Periode revolutionärer Stürme geht über die kapitalistische Welt. Riesenstreiks in England und Italien, Arbeitslosigkeit in allen Weltteilen, Streiks in Belgien, Japan und Südamerika sind die Anzeichen dafür. Wir stehen in einer neuen kapitalistischen Weltkrise.

Heute stehen wir vor der wirtschaftlichen Zerrüttung in Europa. Wir befinden uns in dem Weltzustand der Ueberproduktion bei gleichzeitiger Unterkonsumtion der breitesten Massen. Die weltwirtschaftliche Zerrüttung macht vor keinen künstlichen Schranken Halt und kann durch keine Staatsgrenzen aufgehalten werden. Heute spüren das die Seidenfabrikanten in Japan ebenso gut wie die Stahlmagnaten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Noch viel schärfer haben sich die Verhältnisse in den mitteleuropäischen Wirtschaftsgebieten zugespitzt. Ueber Deutschland und Oesterreich ist die Katastrophe bereits hereingebrochen. Es handelt sich dort nicht mehr um eine zeitweise Stillegung, sondern um einen Zusammenbruch, einen Abbruch.

Die Unmöglichkeit eines Ausweges.

Nur eine Weltkooperation, ein planmäßiges Zusammenfassen aller Produktivkräfte könnte den Fortgang der Katastrophe verhindern. Aber in seinem Verfallsstadium gilt für den Kapitalismus das Gesetz: je mehr ein Land verarmt, um so mehr wird es ausgesaugt und niedergedrückt durch den kapitalistischen Mechanismus selbst. Denn die Senkung der Valuta, die Störung der internationalen Zirkulation bedeutet in Wahrheit nichts anderes als die internationale Ausraubung, die Plünderung des Arbeitsertrages der geschwächten und verarmten Länder von seiten der wirtschaftlich starken.

Wäre nicht das Mittel der Kreditgewährung anwendbar? Nein. Die Kreditgewährung an verarmte Länder durch die reicheren hätte nur die Bedeutung der Züchtung eines künftigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Darum versagen auch diese Unterstützungsmittel vor diesem inneren Widerspruch, diesem eisernen Gesetz, aus dem es kein Entrinnen gibt.

Die kapitalistischen Staaten und Sowjet-Rußland.

In der Frage der Verwertung des Mehrwertes, des Absatzes der aufgehäuften Gütermengen würde allerdings ein kommunistischer Staat zur Abnahme geeignet sein, ohne als Konkurrent auf dem Weltmarkt in Betracht zu kommen. Aber diese Frage ist zugleich eine politische, von der größten Tragweite. Politisch ist jeder kommunistische Staat Dynamit für das Gefüge der umliegenden kapitalistischen Staaten. Die imperialistischen Regierungen schwanken zwischen der Alternative, einerseits den verflochten Pestherd der Weltrevolution zu zertreten und andererseits ihn als Absatzmarkt auszunützen. Das Verhalten des deutschen Auslandsministers Simon ist ein gutes Beispiel dafür.

Die Kommunistische Internationale.

In dem Verfallsstadium der alten Staaten tritt die Kommunistische Internationale als aktive Weltmacht auf den Plan. Schon jetzt durchkreuzt sie die äußere Politik Englands. In Baku war die Heerschau der Kommunistischen Internationale zur Aufnahme des Kampfes im Osten.

Aber noch hat die Arbeiterbewegung in Europa große Mängel und Schwächen. Während des russisch-polnischen Krieges beschränkten sich die Arbeiter damit, nicht unmittelbar in den Kampf hineingezogen zu werden.

Der Eindruck des starren Gegensatzes zwischen französischer und englischer Politik gegenüber Sowjet-Rußland darf nicht unterschätzt werden. Frankreich kann Polen nicht opfern, England wäre im äußersten Notfall dazu bereit. Aber alle Gegensätze sind sofort überbrückt worden, als Polen außer Gefahr war. Das bedeutet: nur für revolutionäre und militärische Erfolge auf unserer Seite kommt dieser Gegensatz in Betracht. Wenn das revolutionäre Proletariat stark ist, kann es ihn ausnützen, wenn es schwach ist nicht.

Der Aufmarsch der Konterrevolution.

Ein neuer militärisch-politischer Aufmarsch beginnt gegen Sowjet-Rußland. Die kleine Entente: Rumänien und Polen rüsten sich unter dem Einfluß Frankreichs zu einer neuen Generalofensive.

Thomas aus München gibt ein Bild der verschiedenen sich widersprechenden bürgerlichen Strömungen, die in Bayern einen zähen Kampf miteinander führen. Die bürgerliche Presse in Bayern ist so gut wie ausgekauft vom Stinnes-Konzern. Genosse Thomas schildert ausführlich das Wirken und Auftreten der Escherich-Organisation und die unerhört vielmonatigen Gefängnisstrafen, die auf die kommunistischen Genossen herabrauschen. Siebenhundert Kommunisten schmachten in den bayerischen Gefängnissen.

Unsere Stellung zu den Parteien.

Genosse Levi: Die einfachste Antwort auf die Frage nach unserer Stellung zu den Parteien würde lauten, daß unser Verhältnis zu allen anderen Parteien der Kampf ist. Unsere Stellung den anderen Parteien gegenüber, die, wie wir auf proletarischem Boden gewachsen sind, wird bestimmt durch die historische Notwendigkeit: die Erkämpfung der politischen Macht des Proletariats.

Die Sozialdemokraten.

Mit Freude begrüßte die Bourgeoisie in der Sozialdemokratie ihre einzige Stütze in ihrer ernstesten Zeit. Aus allen Presseäußerungen, aus allen Reden der Bürgerlichen geht klar hervor, daß die Sorge, ob die Sozialdemokratie sie weiter decken würde, von ihr gewichen ist, man wirbt nicht mehr um die SPD. Doch seien wir uns klar darüber: die Rechtssozialisten zählen trotz des starken kleinbürgerlichen Einschlages noch immer Proletarier in ihren Reihen. Jetzt wird der unverhüllte erste revolutionäre Kampf an das Proletariat herantreten. Wenn die Rechtssozialisten sich jetzt wieder auf die Seite der Bourgeoisie schlagen wollen, so müssen sie das tun, ohne die Gardine kleiner Revolutionserrungenschaften vor sich ausbreiten zu können. Das wird ihr Ende sein.

Die rechte USP.

Seit einigen Wochen existiert die Hilferdingsche Unabhängige Partei. Man kann nicht ändern, daß bei jeder Spaltung gewisse wertvolle proletarische Elemente auf der anderen Seite zurückbleiben.

In der USP. sind auch heute noch zwei Gruppen, sind auch heute noch revolutionäre Proletarier, die zu uns gehören, und die wir gewinnen müssen. Gegen die Führer kennen wir keine Toleranz. Wir werden die Begründung, die Dittmann dem Menschewisten Martow zuteil werden ließ, indem er sich mit ihm und mit dem Wirken der Menschewisten seit Kriegsausbruch solidarisch erklärte nicht vergessen. Zwischen denen und uns liegen keine 21 Punkte, liegt eine ganze Welt.

Die KPD.

Der Kampf um die Erringung unserer Grundsätze in unserer eigenen Reihen war schwer. Im Kampf um sie verloren wir ehrliche proletarische Mitkämpfer, die wir schätzen, die wir gern in unseren eigenen Reihen sähen. Wir können sie aber nicht zurückgewinnen, indem wir die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der KPD. und uns verwischen. Es wird uns ein Freudentag sein an dem wir sie begrüßen können.

Die linke USP.

Nichts wird jetzt mehr den raschen organisatorischen und politischen Verschmelzungsprozeß zwischen uns und den neuen Genossen aus dem Lager der Unabhängigen, von denen wir uns im Januar 1919 trennten, behindern können. Der schwere, der außerordentlich schwere Weg, den unsere Partei durchgemacht hat, und den wir jetzt als eine Bereicherung unserer politischen Erfahrung, unseres theoretischen Wissens nicht mehr missen möchten, erfüllt uns mit Stolz. Doch fern liegt uns jeder Gedanke geistiger Ueberhebung. Auch die Genossen von der USP. haben in ihren eigenen Reihen fechten und kämpfen müssen. In brüderlichem Entgegenkommen werden wir die organisatorischen Fragen des Zusammenschlusses, werden wir die politischen lösen. Vergessen soll das verschiedene Vorstehen sein und nur die Leistung und der Kampf um die Revolution möge noch die Genossen kennlich machen.

Unser Kampf.

Ein schwerer Fehler wäre es, wollten wir uns in Abscheu vor dem menschewistischen Treiben irgendwie von Proletariat isolieren. Der Kampf wird unsere einzige Beziehung zu den menschewistischen Parteien sein. Doch müssen wir in dem gleichen proletarischen Boden wie sie die Kraft unserer Wurzeln ausbreiten, in den Gewerkschaften, in den Betrieben, um aus der proletarischen Erde die Schößlinge, aus denen der Arbeiterverrat erwächst, zu verdrängen.

Die Aussprache des Genossen Däumig.

Ich spreche im Namen aller Parteigenossen der USP., wenn ich sage, daß wir mit Ungeduld und Sehnsucht den Tag herbeiwünschen, an dem die Verschmelzung zur Tat wird.

Die Genossen von der KPD. hatten den großen Vorteil, theoretisch den Weg schon früher gefunden zu haben, den wir jetzt gemeinsam gehen. Wir haben noch die Last der Traditionen einer überwundenen Vergangenheit zu tragen, deren Spuren zu überwinden sie alle mithelfen sollen. Zu diesem Zwecke appelliere ich, wie es der Genosse Levi getan hat, an ihre Brüderlichkeit. (Beifall.) Für unsere künftige Umstellung ist von Notwendigkeit die Durchdringung der breitesten Massen mit dem Verständnis der großen auswärtigen Politik. Das Bekenntnis zur Kommunistischen Internationale verlangt auch auf diesem Gebiet Aktivität. Aktivität ist bei einer kleineren Partei leichter als bei einem großen Parteiapparat. Der Loslösungsprozeß ist bei einer Partei von Hunderttausenden, die wir sind, nicht einfach. Die jetzige rechtsunabhängige Partei enthält noch eine Anzahl wertvoller proletarischer Elemente, die immer noch in der Hand der menschewistischen Führer bleiben. Der Weg dieser Führer führt mit innerer Logik ins Lager der 2. Internationale. Wir wollen an der großen vereinigten kommunistischen Partei alle mit dem Einsatz unserer ganzen Kraft mitwirken. Die vereinigte kommunistische Partei wird der Selbstschutz des Proletariats sein, wie die Bürgerlichen sich ihren eSchutzschutz schaffen. Wir werden den Kampf mit allen legalen und illegalen Mitteln führen. Im Lager des reaktionären Gewerkschaftsblocks werden die Alarmkommenden bereits gegen uns geführt. Schon jetzt verfaßt man Proskriptionslisten gegen die kommunistischen Zellen. Trotzdem werden Tausende unserer Bohrer eindringen und von innen heraus die Gewerkschaften revolutionieren. Wir werden mit diesen reaktionären Gebilden dennoch fertig werden. Wir wollen uns die Erfahrung der russischen Brüder nicht nur zu eigen machen für die Aufgaben der Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Es gilt nicht die Mitgliederlisten länger und größer zu machen, sondern die Qualität unserer Mitglieder zu haben. Trotz des wirtschaftlichen Zerfalls, trotz der politischen Zerrissenheit, gilt für das deutsche Proletariat bezüglich der vereinigten Kommunistischen Partei das Wort: In hoc signo vinces! (In diesem Zeichen wirst du siegen.)

Die Vormittagstagung wird geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Der Bezirkstag der Telegraphenarbeiter,

Vorarbeiter und Handwerker, tagte am Sonntag, den 31. Oktober, in Halle, um den Bericht der Delegierten vom Verbandstag in Berlin entgegenzunehmen. Die Kollegen Werner (Halle) und Hentschel (Delitzsch) berichteten über die Anschlußbedingungen, unter denen der Verband der Post- und Telegraphenbediensteten am 1. Januar 1921 einen Anschluß an die freien Gewerkschaften vollzieht. Die Reichsabteilung des Post- und Telegraphenpersonals im Deutschen Transportarbeiterverband wird die künftige einzige freie Gewerkschaft sein, in der das gesamte vorwärtsstrebende Personal im Postdienst, Arbeiter, Angestellte und Beamte, sich vereinigen werden. Mit dem Deutschen Eisenbahnerverband und dem Transportarbeiterverband wird, als Uebergang zum endgültigen Zusammenschluß aller freigewerkschaftlichen Verkehrsorganisationen zu einem Deutschen Verkehrsbund, eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. In diesem Verkehrsbund wird die Gruppe Postpersonal als gesonderte Gruppe mit einer eigenen Leitung rangieren. Die Verbandsleitung mit den Kollegen Wallenbin und Heyden wird in diese Leitung übernommen. Die Zahl der Mitglieder, die zum Verkehrsbund aus unserem Verbande übergehen, beträgt augenblicklich 22 000, die Mitgliederzahl im Verkehrsbund bereits 1¼ Million. In geheimer Abstimmung haben die Delegierten des Verbandes der Telegraphenarbeiter mit insgesamt 150 Stimmen einstimmig den Anschluß beschlossen. Kollegen im Bezirk! Beachtet die Geschlossenheit eurer Beauftragten und sorgt nun dafür, daß unsere Reihen geschlossen werden! Kein Kollege im Postrock darf sich künftig außerhalb unseres großen Verbandes stellen. Restlose und straffe Organisation muß allerorts durchgeführt werden. Die Formalitäten zum Uebertritt werden durch die Bezirks- und Zentralleitung übermittelt.

Kollege Schlimme feierte den Beschluß als eine befreiende Tat.

Ueber die eingeleiteten Tarifberatungen berichtete Koll. Hentschel und gab die eingereichten Forderungen bekannt.

Die aus dem Bezirk herbeigeeilten Kollegen waren einmütig der Auffassung, daß nun eine neue Epoche in der Organisation anbeht und sie im Bezirk alle Kraft einsetzen werden für den weiteren Aufbau des Verbandes.

Achtung! Wichtige Adressen!

Alle Sendungen für das Bezirkssekretariat der USP. sind zu adressieren an Alfred Oelsner, Halle, Bezirkssekretariat der USP., Harz 42/44, Hinterhaus II. Etage. Alle Geldsendungen des Bezirks sind zu richten an Albert Altgenstein, Halle, Harz 42/44, Volksbuchhandlung.

Die Adresse des Parteisekretariats Halle-Saalkreis ist: Alfred Lemk, Halle, Harz 42/44, Zimmer 20/24. Geldsendungen für den Hallischen Verein sind zu richten an Richard Richter, Halle, Harz 42/44, Zimmer 20/24.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 3. November 1920.

Die Partei ruft!

Der bewegten außer- und innerpolitischen Situation entsprechend, sowie zur Erörterung der Probleme, die durch den Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale auf der Tagesordnung stehen, wird die Unabhängige Sozialdemokratie (Richtung Däumig-Hoffmann) ständig Mitgliederversammlungen veranstalten. Nach den Distriktsversammlungen der vorigen Woche folgt diese Woche ausnahmsweise

Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr,

eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle-Saalkreis im „Volkspark". Zur Erörterung steht das hochwichtige Thema:

Gewerkschaftsbewegung, Betriebsräte und 3. Internationale.

Die Mitglieder werden zu starkem Besuche eingeladen, auch die Frauen. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Das Gewerkschaftskartell Halle und die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses.

Wir bringen diesmal einen längeren Bericht über die Kartellkonferenz auf Wunsch des Gen. Wielepp, der seine Stellungnahme zu den einzelnen Fragen der Oeffentlichkeit bekanntgegeben will. Die Red.

Am Freitagabend nahm im „Volkspark" das Gewerkschaftskartell zu den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses Stellung. Außer den Delegierten waren auch die gesamte Gewerkschaftsvorstände geladen. Das einleitende Referat über die „Betriebsrätekongreß und seine Beschlüsse" hielt der neugewählte Gewerkschaftssekretär Gen. Alfred Wielepp, der hier bei dieser Gelegenheit zum ersten Male den Kartelldelegierten vorstellte und sein Programm entwickelte. Nach einer eingehenden Berichterstattung über den Kongreß ging er zur Würdigung der Beschlüsse über. Was seinen Ausführungen vielfach hervor, daß er für diese Beschlüsse eintrat und insbesondere für die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die freien Gewerkschaften; die selbständigen Betriebsrätеorganisationen lehnt er ab. Zur Begründung dieses Standpunktes führte er folgendes aus: Die Betriebsräte können ohne die Gewerkschaften nicht arbeiten, das werde selbst von den Befürwortern der selbständigen Räteorganisationen anerkannt. Beide Körperschaften müßten also miteinander arbeiten. Dieses Miteinanderarbeiten geschehe aber am besten im Rahmen der freien Gewerkschaften, denn wenn zwei getrennte Organisationen bestehen, gäbe es leicht Streitigkeiten über verschiedene Fragen, da jede Körperschaft getrennt ihre Beschlüsse faße und in Einzelfällen jeder Teil an seinem Beschluß festhält und nicht nachgeben wird. Die Zusammenfassung nach den Beschlüssen des Kongresses biete Gewähr genug, daß der Einfluß der Betriebsräte gewahrt bleibt denn es sei darin nicht gesagt, daß die Vertreter der Ortsausschüsse in den Körperschaften der Betriebsräte angestellte Beamte sein müssen, es können auch solche Kollegen gewählt werden, die noch in der Werkstatt tätig sind. Damit sei auch die Gefahr, daß die Betriebsräte durch die „Bonzen" der Gewerkschaften majorisiert werden können, beseitigt. Wielepp hält deshalb eine Sonderorganisation der Betriebsräte für überflüssig, ja für schädlich da aus den schon erwähnten Gründen die Einigkeit der Arbeiterklasse gefährdet werden könne. In der jetzigen Zeit, wo das Unternehmertum sich immer fester zusammenschließe, könne sich die Arbeiterklasse aber nicht mehr den Luxus erlauben, sich fortgesetzt zu verunreinigen; es sei ein Glück, daß jetzt, nach der mehrfachen Spaltung der politischen Arbeiterparteien, Bestrebungen die Gewerkschaften noch geschlossen dastehen. Wer auch in diese noch einen Keil hineintreiben wolle, der begehe eine Tat, die er nicht verantworten könne. Wielepp wies hier auf die Moskauer Bestimmungen hin, und besonders auf den Punkt 10 derselben. Er betonte, daß dieser Punkt, der die Zertrümmerung der Amsterdamer Internationale fordert, ihm es unmöglich gemacht habe, die Bedingungen anzuerkennen. Er sei der festen Ueberzeugung, daß diese Politik auch die Spaltung der deutschen Gewerkschaften zur Folge haben würde. Diejenigen die das befürworten, hätten den Gedanken nicht zu Ende gedacht. Bei reiflicher Ueberlegung müsse das ein jeder einsehen. Wielepp vertritt die Meinung, daß manches in der Gewerkschaftsbewegung noch der Kritik wert sei. Aber es sei auch zu konstatieren, daß durch gäbe Arbeiten innerhalb der Gewerkschaften schon viel gebessert worden sei, insbesondere seien viele Gewerkschaften schon von den Arbeitsgemeinschaften abgerückt, und auch die letzten seien auf dem besten Wege, einzusehen, daß sie auf falscher Fährte waren. Stöße man ihnen mit neuen Parolen vor den Kopf, gefährde man insbesondere die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung, dann treibe man sie damit nur in die alten Bahnen zurück. Wielepp verurteilt es, wenn man gegen Gewerkschaftsführer nur deswegen vorgehen wolle, weil sie sich nicht zur 3. Internationale bekennen. Wegen der Punkte 9 und 10, die nach ihrer Meinung gegen die Gewerkschaftsinteressen verstoßen, konnten sie die Bedingungen der 3. Internationale nicht anerkennen, womit aber nicht gesagt sei, daß sie nicht Revolutionäre seien und den Klassenkampf auch in der Gewerkschaftsbewegung wünschen. Zum Schluß seiner Ausführungen empfahl Gen. Wielepp eine Resolution zur Annahme, die die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses anerkennt und den Kartellvorstand beauftragt, auf schnellstem Wege danach zu handeln; mit der Wirtschaftlichen Räteorganisation solle erst eine Verständigung versucht werden.

In der hierauf einsetzenden Diskussion ergänzte Stehr (FDA.) die Ausführungen Wielepps über den Verlauf des Kongresses. Zu den Angriffen auf das Wahlverfahren bemerkte er, daß es kein Wahlverfahren gebe, das nicht kritisiert werden könne. Redner kritisiert dann den Kampf der Linksradikalen, die alles herunterrissen, was von den Rechtsunabhängigen komme, u. a. auch die Ingenierung einer Aktion für die Sozialisierung des Bergbaues. Er habe keine Lust mehr, mit ihnen auf einen Kampfboden zu treten. Wir haben so schloß der Redner, die Absicht, zu arbeiten, und wollen keine fruchtlosen Auseinandersetzungen mehr. — Gen. Freiberg (Holzarbeiter) ging auf den Verlauf des Kongresses ein und bemängelte es besonders, daß infolge der Referate zu wenig Delegierte zum Wort gekommen seien. Die Zusammensetzung der Körperschaften nach dem vom Kongreß angenommenen Richtlinien gebe den Gewerkschaften ein zu großes Uebergewicht. Nicht gegen die Gewerkschaften richte sich der Kampf, sondern nur gegen deren Spitzen.

Gen. Bachmann (WAO.) erblickt in der Resolution des Gen. Wielepp einen Versuch, sich über die Beschlüsse der Hallischen Arbeiter hinwegzusetzen. Die Kongreßbeschlüsse stempelt die Betriebsräte zu Organen der Gewerkschaften. Der Kongreß sei kein Betriebsrätekongreß gewesen, sondern Gewerkschaftskongreß in anderer Aufmachung. In die Gewerkschaften seien viele frühere Gelbe eingetreten, die die Gewerkschaften jetzt stark beeinflussen. Für die Arbeitslosen habe der Kongreß auch nichts weiter übrig gehabt als papierne Resolutionen. Die Betriebsräte sollen von den Gewerkschaften für die Arbeitsgemeinschaften eingesetzt werden. Redner betont zum Schluß, daß die WAO. keine Gewerkschaftszersplitterung wolle, sondern den Unionen das Wasser abgraben werde. Die Resolution Wielepp empfahl er abzulehnen. — Winkler (Holzarbeiter) führte aus, daß nach dem Kongreß eine andere Situation auch für Halle vorliege. Auch die Hallischen Arbeiter könnten nun, nachdem der Kongreß mit überwiegender Mehrheit beschlossen habe, nicht aus der Reihe tanzen. Die Berliner Metallarbeiter, die zunächst auch für die selbständige Räteorganisation eingetreten seien, wollen sich nun ebenfalls den Kongreßbeschlüssen unterordnen. Es sei möglich, zu einer Verständigung zu kommen, und sollte man die beiden Sekretariate (Kartell und WAO.) verschmelzen, um dann an die praktische Arbeit heranzugehen.

Gen. Hertel (Gemeindearbeiter) wies ebenfalls auf die Urabstimmung hin, die von der Versammlung nicht umgestoßen werden könne. Es sei notwendig, den Kampf für die Industrieorganisationen fortzuführen, von denen viele Gewerkschaftsführer immer noch nichts wissen wollten. — Gen. Grahow (Arbeitersekretär) bemerkte auf eine Ausführung des Gen. Wielepp, daß man zwar eine feste Ueberzeugung nur durch Kenntnisse erlange, aber damit schaffe man keine Kämpfer. Diejenigen, die mit dem Gefühl bei der Sache sind, seien die besten Kämpfer. Die Maßnahmen der Regierung und der Behörden trieben die Arbeiterschaft nach links, das solle man unterstützen. Redner tritt im Gegensatz zu Wielepp für die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisationen ein.

In seinem Schlußwort setzte sich Wielepp mit den gegen seine Auffassung erhobenen Einwänden noch einmal kurz auseinander. Er betonte insbesondere, daß ein einmal gefaßter Beschluß nicht für die Dauer bindend zu sein brauche. Bessere Einsicht und Disziplin könne sehr wohl zur Aenderung einer früher eingenommenen Stellungnahme führen. Auch die Hallischen Arbeiter dürften sich nicht isolieren, wenn sie keinen Schaden erleiden wollten.

Bevor es zur Abstimmung über die Resolution Wielepp kam, beantragte Rößler (Metallarbeiterverband), von einer Beschlußfassung vorläufig Abstand zu nehmen. Dem stimmte die Versammlung zu. — An einer persönlichen Bemerkung wandte sich Gen. Martin gegen einen Vorwurf des Gen. Hertel, daß Martin sich gegen die Bildung von Industrieorganisationen gewandt habe.

Der Vorsitzende wies dann auf die bevorstehenden Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen in Halle hin, die am 7. resp. 14. November stattfinden; eine recht rege Beteiligung sei erwünscht. Auch die Wahlen des Krankenkassenausschusses ständen bevor, und die Vorschlagslisten sind bis spätestens 20. November einzureichen. — Der gedruckt vorliegende Kassenbericht wurde dann ohne Debatte genehmigt. — Eine Anfrage, warum zu dieser Versammlung nicht wie üblich durch Inserat im „Volksblatt" eingeladen sei, wurde vom Vorsitzenden Winkler damit erklärt, daß dies infolge eines Mißverständnisses seitens des neuen Sekretärs geschehen sei. Der Vorstand habe allerdings schon erwogen, ob die Ausgabe für ein Inserat nicht gespart werden könne. — Auf Antrag wurde dann beschlossen, auch in Zukunft wenigstens ein kleineres Inserat im „Volksblatt" aufzugeben.

Damit schloß die Versammlung, die teilweise einen recht stürmischen Verlauf nahm.

---

* **Der Streik auf den Fernbahnen Halle-Merseburg** wurde durch eine Vereinbarung vor dem Schlichtungsausschuß in Halle beigelegt und die Arbeit gestern, Dienstag, vormittag wieder aufgenommen. Nach der getroffenen Vereinbarung sollen die Tarifinstanzen bis 15. November Entscheidung in der Lohnforderungssache der Fernbahnbediensteten treffen. Geschieht dies nicht, dann soll der amtliche Schlichtungsausschuß in der Sache einen Spruch fällen, dem sich beide Parteien fügen. Die Vereinbarung wurde von den streitenden Teilen angenommen. Transportarbeiterverband. Metallarbeiterverband.

* **Holzarbeiter.** Donnerstag abend 6½ Uhr findet im großen Saale des „Volksparks" die in der letzten Quartalsgeneralversammlung beantragte außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher zur Gewerkschaftsfrage und der 3. Internationale Stellung genommen werden soll. Das Referat hat der Genosse Zitka (Berlin), das Korreferat Genosse Bowitzka (Halle) übernommen. Verbandskollegen aller Branchen, erscheint in Massen zu dieser überaus wichtigen Versammlung. Die Ortsverwaltung

* **Bauarbeiterverband.** Auf die heute abend ½8 Uhr im „Volkspark", kleiner Saal, tagende Mitgliederversammlung machen wir unsere Kollegen an dieser Stelle ganz besonders aufmerksam, es gilt, wichtige Beschlüsse zu fassen.

Die Streikleitung.

* **Achtung, KPD.-Genossen im Metallarbeiterverband!** Donnerstag abends 6 Uhr, im Volkspark hochwichtige Sitzung. Jeder KPD.-Genosse, welcher Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist, muß unbedingt erscheinen. Mitgliedsbuch und Verbandsbuch legitimiert.

* **Moralunterricht.** Der Arbeiter-Bildungs-Ausschuß und der Freidenkerverein ersuchen uns, darauf hinzuweisen, daß die erste Zusammenkunft der Kinder, welche Ostern die Schule verlassen, und an dem Moralunterricht teilnehmen wollen, am Sonntag, den 7. November, vormittags 10 Uhr, im Volkspark stattfindet, und nicht, wie im Versammlungsbericht der Freidenker bekanntgegeben war, um 9 Uhr in der Alten Volksschule. In der Zusammenkunft im Volkspark soll die Klasseneinteilung erfolgen. Deshalb darf keines der Kinder fehlen, die später an der Jugendweihe teilnehmen wollen.

* **Mißstände im „Bulkau".** Ueber die mißlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Brikettzeugungsbetrieb „Bulkau" in der Schmiedstraße wurde vor einigen Tagen an dieser Stelle berichtet. Die Oeffentlichkeit wird sich nun weiter dafür interessieren, daß sich in diesem Betrieb im Laufe der vorigen Woche das alte Spiel des Industriebetriebes und des Außerbetriebsetzens, wie schon so oft, erneuert hat. So wurde vorigen Dienstag dieser Musterbetrieb für die Arbeiterschaft wieder geöffnet, aber bereits am Freitag darauf, also nach vier Tagen, wieder geschlossen, und zwar angeblich deshalb, weil keine Eisenbahnwagen zum Abtransport der Produkte zur Verfügung ständen. Die in Frage kommenden Arbeiter sind also auf unbestimmte Zeit dem Hunger erneut ausgesetzt, was aber die Betriebsgesellschaft nicht im geringsten kümmert. Erwähnt sei noch, daß das städtische Erwerbslosenfürsorgeamt die Entschädigung der betreffenden Arbeiterschaft bezüglich ihrer Kurzarbeit in diesem Betriebe eingestellt hat, weil derselbe als vollwertig im Sinne des Gesetzes nicht mehr zu gelten hat! Das städtische Arbeitsamt sah sich ebenfalls veranlaßt, Maßnahmen gegen den Betrieb zu ergreifen, indem es demselben Arbeitskräfte wegen seiner Unbeständigkeit und zu geringer Entlohnung nicht mehr vermittelt. Die bisher beschäftigten Arbeiter werden nunmehr dem Betrieb gänzlich den Rücken kehren, aber weiter durch Beschreitung des Klageweges versuchen, die Betriebsgesellschaft zu veranlassen, für die Zeit, wo sie zur Untätigkeit gezwungen waren, Entschädigung zu zahlen. An der Arbeiterschaft im allgemeinen wird es nun liegen, daß, wenn die Gesellschaft irgendwie und irgendwo wieder Ausbeutungsobjekte sucht, sie sich nicht zu solchen hergibt, denn es muß der Standpunkt vertreten werden, daß solche unsiebere, gesundheitsschädliche und schlecht entlohnte Arbeitsgelegenheit ihren Lebensbedürfnissen zuwider ist. Deshalb, Arbeiter, meidet diesen kapitalistischen Musterbetrieb.

* **Verlegung der Kaufmannsgerichts- und Gewerbegerichtswahlen.** Infolge der Verordnung zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte vom 29. Oktober 1920 (RGBl. 212) finden, wie uns der Magistrat mitteilt, die Wahlen der Beisitzer des Kaufmannsgerichts und des Gewerbegerichts nicht am 7. und 14. November d. J. statt. Die Neuwahlen werden demnächst eingeleitet.

* **Ausschußwahlen der Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Wie aus der heutigen Bekanntmachung zu ersehen ist, finden die Wahlen zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Sonntag, den 5. Dezember, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags in den in der Bekanntmachung angegebenen Lokalen statt. Die Wahlvorschläge für die Arbeitgeber der Versicherten und die Versicherten selbst sind getrennt von diesen Gruppen zwei Wochen vor der Wahl, also bis zum 20. November 1920, an den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse einzureichen, was uns besondere Veranlassung gibt, unsere Leser und die Beteiligten auf diese Wahl besonders hinzuweisen.

* **Direktor Thiersch** von der Handwerker- und Kunstgewerbeschule hatte sich um eine Stelle eines Stadtbaurats in Magdeburg beworben und hatte große Aussicht, gewählt zu werden. Thiersch wird wahrscheinlich von seiner Bewerbung zurücktreten, nachdem ihm von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eine besondere Amtszulage von 15 000 Mark jährlich zugesichert worden ist, um sein hiesiges Einkommen dem in Magdeburg zugesagten Satze anzunähern. Die städtischen Körperschaften glaubten, Thiersch unbedingt der Handwerker- und Kunstgewerbeschule als Leiter erhalten zu sollen, um die günstige Weiterentwicklung dieser Anstalt zu gewährleisten. Zugesagt hat man weiterhin eine Erweiterung der Werkstätten. Man darf hoffen, daß nunmehr die ausgezeichnete Kraft des Herrn Thiersch der Handwerker- und Kunstgewerbeschule erhalten bleibt.

Was die alte Tante in der Leipziger Straße über ein „Pensionierungsgesuch" von Herrn Thiersch und Genehmigung durch die Stadtverordneten zu berichten weiß, ist natürlich aufgemachter Quatsch. Tantchen ist sehr schwerhörig geworden!

* **Volkspark.** Infolge der am Sonntag, den 7. November, stattfindenden Revolutionsfeier müssen sämtliche anderweit festgelegten Veranstaltungen verlegt werden. Die interessierten Vereine werden ersucht, sich wegen Abbestellung der Musik mit den betreffenden Orchestern, in Verbindung zu setzen.

* **Stadttheater.** Mittwoch 7½ Uhr „Benthesilea" von Klesik; Donnerstag „Die Entführung aus dem Serail" von Mozart; Freitag 6½ Uhr: „Die Walküre" von Wagner; Sonnabend: „Als ich noch im Flügelkleide"; Sonntag nachmittag Volksvorstellung: „Christa, die Tante"; Sonntag abend: „Der fidele Bauer". Der Vorverkauf für die Montag-Vorstellung „Fra Diavolo" beginnt am Donnerstagvormittag 10 Uhr.

* **Ein Plündererurteil aufgehoben.** Im vorigen Jahre war ein junges Mädchen, Frieda R., wegen Landfriedensbruchs und Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Verteidiger Dr. Gumz hatte aber Revision eingelegt und damit Erfolg gehabt; so kam die Sache erneut vor der Strafkammer zur Verhandlung. Die Angeklagte war etwa zehn Wochen in der Heilanstalt Nietleben in Behandlung gewesen. Der Oberarzt bekundete, daß die Angeklagte an einer periodischen Geistesstörung leide und sie könne auch zur Zeit der Tat krank im Sinne des § 51 gewesen sein. Das frühere Urteil wurde deshalb aufgehoben und die Angeklagte kostenlos freigesprochen.

* **Schneiderkurse für Kriegerwitwen.** In den Schneiderkursen der Städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge ist Kriegerwitwen Gelegenheit geboten, unter sachgemäßer Anleitung für sich und ihre Kinder Kleidung herzustellen. Die Kurse finden regelmäßig Montags und Mittwochs, abends von ½8 bis 10 Uhr, in der Klosterschule statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Anmeldungen nimmt die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene, Kleine Steinstraße 8 III, Zimmer 128, werktäglich von 10 bis 1 Uhr, außer Mittwochs und Sonnabends, entgegen.

* **Aus den Konzertsälen.** Am Sonnabend konzertierte in der „Degen-Loge" die Münchener Geigerin Herma Studeny. Sie besitzt im Adagio einen weichen, blühenden Ton, dessen Schönheit jedoch zuweilen durch unruhevoll irisierendes Schwanken wie durch unbestimmtes Ansetzen der Tonhöhe Einbuße erleidet. Ebenso lassen manche Allegropassagen noch die nötige Klarheit vermissen, wie auch das bei anderen Geigern jäh aufzuckende, irrlichterartige Aufblitzen des Klagoeletts ziemlich stumpf und genauso zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon ist die Künstlerin eine echte Musikantennatur, welche die Stücke, die sie spielt, innerlich miterlebt und durch ihr intensives Mitgehen zu neuer Gestaltung dringt. Ich persönlich rechne es der Künstlerin hoch an, daß sie in ihrem Programm die bei Geigern meist unvermeidlichen Virtuosenkunststücken ad acta legt und ihr Können nur in den Dienst reiner, wahrer Kunst stellt. Fritz Scherjel (Cello) trug mit einer Sonate von Locatelli und drei kleinen Solostücken zur Belebung der Vortragsfolge bei. Die technische wie geistige Reproduktion stand auf hoher Stufe und ließ in Herrn Scherjel einen Cellisten von ausgezeichneten künstlerischen Qualitäten erkennen. Gelegentliche kleine Flüchtigkeiten (in Doppelgriffen und Akkordpassagen) vermochten den guten Gesamteindruck in keiner Weise abzuschwächen. Am Flügel begleitete Lotte Kaufmann. Ich hätte mir in den Allegrosätzen ein innigeres Mitgehen mit ihren Partnern gewünscht. Das Temperament der Geigerin wie des Cellisten gab doch den nötigen Schwung dazu an. Sonst war die Begleitung exakt und gut. Den Spiel der beiden anderen Künstler angepaßt. Mit zwei Solostücken von Mozart, der C-Moll-Fantasie und einem Variationenwerk bewies Frl. Kaufmann ihre pianistische Begabung. Leider war der Saal fast leer und — kalt! Die Künstler hätten wirklich größere Unterstützung durch das Publikum verdient. — Am Sonntag Abend ebenfalls in der „Loge zu den drei Degen", die Haas-Berkow-Trupe Goethes „Iphigenie" auf. Soweit mir bekannt bezweckte die Haas-Berkow-Spiele die Wiederbelebung volkstümlicher Kunst unter Vermeidung jeglichen theatralischen Pompes, wie zu auch bereits gestern in Mimik und szenischer Ausgestaltung größte Zurückhaltung und Einfachheit beobachtet wurde. Entschieden sind das Anzeichen für ernsthaftes künstlerisches Wollen, das sich in gewisser Beziehung, so in dem Streben nach möglichster Konzentration auf die Dichtung unter Hinweglassung alles nebensächlichen Beiwerks, mit dem Expressionismus berührt. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, daß sich in der gestrigen „Iphigenie"-Aufführung dieses Wollen noch nicht dem gesteckten Ziel genähert hatte. Die Wiedergabe der Dichtung war mehr eine Deklamation im Kostüm mit verteilten Rollen, als eine Neugeburt des Werkes kraft der gestaltenden Persönlichkeit des einzelnen Darstellers. Begeisterung und ehrlicher Wille war wohl vorhanden, reichte aber nicht aus, um über das Individuelle des Spielers hinaus die Charaktere lebenswarm und packend wiederzugeben. Die beste Leistung bot die Trägerin der Titelrolle, während die andern Kräfte mehr oder weniger an ihre Aufgabe zu erfüllen trachteten. Nebenbei gesagt: das Kostüm des Aeras war eine direkte Unmöglichkeit. Das überfüllte Haus hatte gewiß genügend Geschmack, die Weihe des Stückes nicht durch Klatschen zu zerstören. Wenigstens einmal, daß ich diese Freude erleben durfte. Mw.

* **Bund für Volkskraft.** Ab 3. November kann die Ackerpacht auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, eingerichtet werden. Ausgenommen der Acker „Grüner Berg". Die Pacht für „Saalanger und Lettiner Flur" wird erst ab Montag, den 8. November, entgegengenommen. Pächterversammlung Acker „Lettiner

Wieder Neue Mäntel. Man sehe unsere Schaufenster. Loewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0006

Flur" Sonntag, den 7. November, 10 Uhr vormittags im Restaurant Lindenhof.

* **Gestörter Einbruch.** In letzter Nacht wurde in ein Schnittwarengeschäft in der Burgstraße eingebrochen. Die Diebe wurden von dem Besitzer gehört und ergriffen, unter Zurücklassung der Beute, die Flucht.

* **Losschwindel.** Die Polizeiverwaltung gibt bekannt: Die durch Karl Amberger, Stettin, vertriebenen Lotterielose zugunsten des Säuglingsfürsorgevereins Rostock beruhen auf Schwindel und Betrug. Die Lotterie ist nicht genehmigt. Geschädigte wollen sich an den Herrn Polizeipräsidenten in Stettin zu Gesch.-Nr. Kj. 1700/50 Mitteilung machen.

* **Diebstähle.** In der Nacht zum 29. Oktober sind aus einem Eisenbahnwaggon, der im Gelände des Hallischen Speditionsvereins in der Hafenstraße stand, 6 Sack Rohzucker gestohlen worden. Jeder Sack ist gezeichnet mit den lateinischen Buchstaben Z. H. Nr. 21 und enthält 2 Zentner Rohzucker. Letzterer ist grobkörnig und, weil noch nicht raffiniert, von gelblichbrauner Farbe. Für die Ermittelung der Diebe und Wiedererlangung des gestohlenen Zuckers setzt der Geschädigte entsprechende Belohnung aus. Sachdienliche Mitteilungen nimmt außer dem Geschädigten auch die Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 38, entgegen.

* **Abgenommen.** Einem Mann sind nachstehende, wahrscheinlich aus Diebstählen in der weiteren Umgebung herrührende gebrauchte Sachen abgenommen worden: 1 schwarzer Frauenrock, 1 graues Maskelfell mit rotbraunem Gürtel, 1 Seidenbluse, blaugrün gestreift und weißem Stickereirragen, 6 Schale gelbe Gardinen, 2 Bettbezüge, gez. JW. oder WJ. im Monogramm, kreuzstich, 1 Bettlaken, gez. Jd., 1 Kopfkissenbezug, gelblich. Die Sachen liegen bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, zur Einsicht aus, und werden Eigentümer gebeten, hierher Mitteilung gelangen zu lassen.

Wo bleibt die Untersuchung?

Der „sozialistische" Landrat als Kohlenpreisverteurer!

In der unseren Lesern bekannten Weinkleichenangelegenheit des Herrn Adolf Thiele, wohlbestallten Landrat des Saalkreises, hat auf die von unseren Genossen erfolgte dringende Aufforderung noch der Oberpräsident geäußert. Diese Tatsache wird hiermit, nachdem seit der Eingabe mehr als drei Wochen verstrichen sind, öffentlich festgestellt.

Die Mehrheit der Mitglieder hat in Verfolg dieser Angelegenheit, wie der Regierung und dem Oberpräsidenten bekannt, bis zum Abschluß der geforderten Untersuchung, die Mitarbeit im Kreisausschuß verweigern müssen. Herr Thiele hat es trotzdem fertiggebracht, sich ein beschlußfähiges Dreimännerkollegium zusammenzustellen und versendet jetzt als Produkt der Kreisausschußsitzung den Gemeinden und Magistraten des Kreises unter anderem folgenden Beschluß: „Für jeden Kohlenbezugsschein über 30, 40, 50 Zentner Briketts usw. sind 3, 4 und 5 Mk. Bezugsscheingebühr an den Kreis zu zahlen."

Nachdem die Rationierung der Brennstoffe bereits fünf Jahre besteht, blieb es dem Rechtssozialisten Thiele vorbehalten, die Feuerung, jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, wo der Verbrauch einsetzt und viele Arbeiterfamilien, die an und für sich so hohen Kohlenpreise kaum erschwingen können, noch weiter zu verteuern. Dieser, die sozialistische Gesinnung des Herrn Thiele deutlich kennzeichnende Beschluß wäre bei Anwesenheit unserer Genossen unter allen Umständen verhindert worden, d. h. falls Herr Thiele, worin er große Uebung hat, die Ablehnung nicht wieder ungesetzlicherweise beanstandet hätte.

Dieser Fall wird hiermit ebenfalls zur öffentlichen Kenntnis der Saalkreis-Einwohnerschaft gebracht. Die Regierung und der Herr Oberpräsident haben nun das Wort.

Diemitz. Unserem Orte ist eine große Ehre widerfahren! Das Haupt unserer Gemeinde, der Gemeindevorsteher Dr. Berthold, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, ist in den Vorbereitenden Ausschuß zur Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues gewählt worden. Hoffentlich werden die Diemitzer Arbeiter diese große Ehrung recht bald in der Praxis zu spüren bekommen, aber nicht nur im Fehlen des Gemeindevorstehers im Amtszimmer!

Gröbers. Ausgerückt ist laut H. Z. der beim Braunkohlenwerke Klara-Verein angestellte Steiger Reibrich am Freitagabend unter Mitnahme eines zur Lohnzahlung bestimmten größeren Geldbetrages. Die Spur führte zunächst nach Schkeuditz, wo der Flüchtige in der fraglichen Nacht in einem Lokal gezecht hat. Weitere Nachforschungen blieben bis jetzt ergebnislos.

Aus der Provinz.

Kreisgeneralversammlung Sangerhausen-Eckartsberga.

Die Einheitsfront steht fest!

Die am Sonntag, den 31. Oktober, in Sangerhausen stattgefundene Kreisgeneralversammlung für Sangerhausen-Eckartsberga erbrachte den glänzenden Beweis für das festgefügte Weiterbestehen der Einheitsfront. Die Versammelten brachten einmütig zum Ausdruck, daß fast alle Mitglieder entschlossen sind, sich um das Banner der 3. Kommunistischen Internationale zu scharen und den Spaltungsbestrebungen von rechts mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verbindern.

Nach einleitenden Worten des Kreisvorsitzenden wurde der Bericht vom letzten Bezirkstag gegeben. Den Bericht vom Parteitag erstattete Genosse Banse.

Die Diskussion ergab Einmütigkeit in allen diesen wichtigen Fragen. Nach dem Parteitagsbericht gaben die anwesenden Vertreter der einzelnen Ortsvereine einen kurzen Ueberblick über den Stand der Bewegung in ihren Orten. Danach kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Einheitsfront im Kreise, trotz aller Spaltungsversuche gewisser rechter Führer, gewahrt ist. Alle Vertreter sprachen sich dahin aus, daß sie den Spaltungsbestrebungen energisch entgegentreten wollen.

In der Frage der Zeitungsgründung erstattete Genosse Banse Bericht. Es wurde beschlossen, eine Verlagsgenossenschaft „Sangerhäuser Volksblatt" zu gründen, damit sobald als möglich der Sangerhäuser Bezirk eine eigene Zeitung herausgeben kann. Ein Antrag, nach dem die Gründung einer Verlagsgenossenschaft verlangt wurde, und der die vom Ortsverein Sangerhausen noch zu wählenden vier Genossenschaftsmitglieder beauftragt, sofort mit der Pressefondskommission in Verbindung zu treten, wurde einstimmig angenommen. Alle Ortsvereine wurden in Distrikte eingeteilt; jeder Distrikt hat die Pflicht, einen Genossen als Mitglied der Verlagsgenossenschaft zu wählen. Durch diesen Beschluß sind die Genossen vom Kreise Sangerhausen-Eckartsberga wieder ein großes Stück vorwärtsgekommen auf dem Wege zur Schaffung eines eigenen Blattes.

Auf die am Sonntag, den 7. November, stattfindende Revolutionsfeier wurde hingewiesen und alle Vertreter aufgefordert, diesen Tag durch Veranstaltung von Demonstrationen, Volks- oder Mitgliederversammlungen würdig zu begehen. Mit einem begeisterten Hoch auf die 3. Kommunistische Internationale wurde die von echt proletarischem Geiste getragene Kreisgeneralversammlung geschlossen.

Unterbezirkstag USP. (3. Internationale) für Zeitz-Weißenfels-Naumburg.

Dank der opportunistischen und antibolschewistischen Tätigkeit der Zeitzer USP.-Parteigrößen, sowie der einseitigen und subjektiven Schreibweise des Zeitzer „Volksboten" wurde die Partei in unserem Kreise infolge der Moskauer Aufnahmebedingungen gespalten, im Gegensatz zu allen anderen Kreisen des mitteldeutschen Bezirks, wo die Einheit der Partei gewahrt blieb. Es machte sich deshalb nötig, die durch den Zeitzer Vorstand ausgestoßene Linke sofort zu organisieren. Dazu wurde der Grundstein gelegt auf dem Unterbezirkstag, der am 31. Oktober in Teuchern tagte. Diese Zusammenkunft wird in der Geschichte der politischen Bewegung des Kreises Zeitz-Weißenfels-Naumburg große Bedeutung erhalten.

Die Verhandlungen waren vom besten Geiste getragen; alles Wankelmütige hat man abgelegt. Aus der Zahl der anwesenden Delegierten war zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand unserer Partei bereits ein guter ist und täglich zunimmt.

Bei der Besprechung der organisatorischen Maßnahmen herrschte unbeschränkte Redegeist, so daß alle Fragen gründlich und eingehend behandelt werden konnten. Die Genossen und Genossinnen machten von der Redefreiheit ausgiebigen Gebrauch. Aus dem Gang der Verhandlungen ist zu entnehmen, daß man überall mit großem Eifer an dem Neuaufbau der Organisation und an der Gewinnung Fernstehender arbeitet. Es wurde verhandelt über den Bericht vom Parteitag, Organisation und Presse, Frauenagitation, Gewerkschaftsfragen, Bildungswesen; zum Schluß wurden Neuwahlen vorgenommen.

Einen ausführlicheren Bericht werden wir in einer der nächsten Nummern veröffentlichen.

Liebenwerda und Umgegend.

Eine allgemeine Versammlung der USP.-Ortsvereine von Liebenwerda, Prestewitz, Thalberg, Domsdorf und Wahrenbrück findet am Sonntag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr im Gasthof zu Prestewitz statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteimitgliedes, sich über die Lage in der Partei und über die Parteitagsbeschlüsse zu unterrichten, über die Genosse Neumann sprechen wird. Gleichzeitig werden alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen dieser Orte aufgerufen, diese Versammlung zu einer **machtvollen Kundgebung für die Revolutionsfeier durch Massenbesuch zu gestalten.** Wer fern bleibt, unterstützt die Feinde der revolutionären Arbeiterschaft und ist denen gleichzustellen. Wankelmütige und versteckte Anhänger der revolutionären Arbeiterschaft, die gerade jetzt die Maske fallen lassen, begehen Verrat. Ueht Solidarität!

Die Ortsleitung Liebenwerda (USP.)

Sangerhausen. Sie schämen sich. In den letzten Tagen kommen an uns Drucksachen zurück, die von einer biergegründeten „Angestellten USP." an verschiedene Ortsgruppen gesandt waren. Die Adressaten haben die Annahme dieser albernen Zettel verweigert. Sie wollen eben mit den verkrachten Existenzen nichts zu tun haben. Bezeichnend ist, daß die Herren „Organisatoren" sich schämen, den Absender auf ihre Sendungen zuschreiben. Dies ist ein Zeichen, daß sie es nicht wagen dürfen ihren Namen zu nennen. Sie könnten sich sonst vor ihren Klassengenossen vor Scham nicht sehen lassen. Wir werden aber Veranlassung nehmen, gerade unsere Spalter der Oeffentlichkeit bekannt zu machen und den Arbeitern an Hand von Beispielen zeigen, daß diese Leute im allergünstigsten Falle den Rechtssozialisten angehören dürfen.

Breitenhain, S.-A. Die am Sonntag, den 31. Oktober, stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung der USP. Ortsgruppe Breitenhain, schloß sich einstimmig der Mehrheit des Parteitages in Halle an und stellt sich somit auf den Boden der 3. Internationale. Ferner wurde einstimmig beschlossen, das bisherige Parteiblatt die „Neusische Tribüne", da es den internationalen Zusammenschluß aller revolutionären Proletarier hemmt, abzubestellen und das von jetzt an zuständige Parteiorgan, das „Hallische Volksblatt" zu lesen. Alle Genossen und Genossinnen werden nochmals dringend aufgefordert, für eine recht zahlreiche Verbreitung des „Volksblattes" mitzusorgen. Bestellungen hierfür nimmt zu jeder Zeit der Kolporteur Genosse Max Spieß entgegen.

Krostitz. In einer außerordentlichen Generalversammlung der USP. (linke) am 30. Oktober erstattete unser Genosse Siegmann einen ausführlichen Bericht vom Parteitag, wobei er die unlautere Taktik der Hilferdinger treffend zu kennzeichnen verstand. Einstimmig wurde nach seinen Ausführungen eine Resolution angenommen, sich restlos hinter den zu Recht bestehenden Zentralparteivorstand Däumig-Hoffmann zu stellen. Nach Erledigung der Vorstandswahlen schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die 3. Internationale.

Reinsdorf. Für die Parteieinheit. In der am 31. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung berichtete Genosse Otto Chemnitz über den Verlauf des Parteitages. Einstimmige Annahme fand daraufhin folgende Resolution: „Die am 31. Oktober stattgefundene Versammlung der USP. Reinsdorf erkennt den Vorstand Däumig-Hoffmann als allein zu Recht bestehend an und stellt sich hinter die Beschlüsse der 3. Internationale. Es lehe die kommende vereinte Kommunistische Partei" — Weiter beschloß die Versammlung, den diesjährigen Ueberschuß der Maifeier der Kreiskasse zu stiften. Ferner wurde eine Kommission aus den Genossen Jäger, Anders, Willert und Birsch gewählt, welche sich mit dem Großlautmann in Verbindung setzen soll, um den Zwischenhandel und Lebensmittelwucher auszuschalten.

Fichtenberg. Zielklarheit in der Partei ist durch den hier eingetretenen Wechsel in der Leitung noch nicht erzielt. Genossen, so kann die Unklarheit in der heutigen Zeit bei uns nicht mehr vorwalten. Wir müssen aus unserer Schlafkrankheit heraus. Ueberall geht in der Partei ein Läuterungsprozeß vor sich. Unsere Parteibewegung ist eine alte und müßte rückgratfest dastehen. Sie ist aber von einigen alten Führern, die sich gern glänzen sehen, nicht auf den richtigen Weg gebracht worden. Es ist keine grundsätzliche Politik in unserer Gemeinde getrieben worden, da man es nicht mit den paar Dorfgewaltigen verderben wollte. Das ist der größte Fehler, der sich in der jetzt beginnenden Kampfperiode für unsere Partei deutlich zeigt. Zu diesem Zwecke findet kommenden Sonnabend, den 6. November, eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, in der Genosse Naumann über diese Wandlungen sprechen wird. Jeder Arbeiter, der Interesse an den Kommunal- und politischen Fragen hat, hat die Pflicht, zu erscheinen. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Hohenseipisch. Die Scheidung der Geister in der USP. vollzog sich in unserer Mitgliederversammlung, als über Moskau abgestimmt wurde. Der bisherige Vorsitzende Gabel, der als Spitzenmann auf der Liste der Anschlußgegner im Kreise stand und auf der Konferenz in Falkenberg schon sein Wackelpolitik kundgab, verließ mit einigen „Tapferen" die Versammlung, nachdem sich die Mehrheit für die Parteitagsbeschlüsse erklärte. Die Versammlung wählte sofort den Genossen H. Töpfer zum Vorsitzenden. Der Kassierer blieb der Fahne treu und ließ den Vorsitzenden seinen Weg ziehen. Genossen und Genossinnen, laßt die Parteispalter ruhig dahinziehen, bis auch sie erkannt haben, wo die Kampffront steht.

Mühlberg. Die Parteiversammlung am Sonnabend stand im Zeichen der Neuorientierung. Nach den Berichten der Stadtverordnetensitzung zeigte eine lebhafte Debatte, daß unsere Vertreter auch dort eine Aenderung zu vollziehen haben, die von der Parteigenossenschaft nun gefordert wird. Die Friedhofsangelegenheit soll nicht länger mehr verschleppt werden. Die Stadtgemeinde soll sofort zwecks Angliederung, wenn möglich ohne jede Entschädigung, an die Stadt erfucht werden. — Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß der Ortsverein in diesem Vierteljahre 994,05 Mk. an die Kreiskasse abgeliefert hat. Genossin Winter wurde als Unterkassiererin gewählt. Die aus der Kirche Ausgeschiedenen wurden verlesen. Es zeichneten sich sofort weitere 22 ein, die geschlossen den Austritt vollziehen werden. Eine Aktion zum weiteren Austritt wird vorbereitet. Auch hier forderte die Versammlung eine Scheidung, auch wenn einige die Partei verlassen sollten. Für die zur Schulentlassung gelangenden Kinder soll eine Jugendweihe stattfinden. Als Protest gegen die schlechte Ernährung und Versorgung, vor allem mit Kartoffeln, soll nächsten Donnerstag abend eine Versammlung im „Kronprinz" stattfinden. Die Fraktion der Stadtverordneten soll bei der Steuerfrage die grundsätzliche Seite beachten. Die Versammlung war sehr lebhaft und von gutem Geist getragen.

Weißenfels. Alle Bezirksführer, welche noch nicht abgerechnet haben, haben sofort im Parteibureau, Dammstraße 18, dies zu tun.

Naumburg. Alle Gewerkschaftsfunktionäre, welche der AFD., USPD. und Afa angehören, werden zum Freitag, den 5. d. M., abends 8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung nach dem „Goldenen Hahn" eingeladen.

Naumburg. Arbeiter-Samariter-Kolonne! Mittwoch, den 3. November, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Restaurant „Goldener Hahn". Da wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen eines jeden Samaritergenossen dringend notwendig.

Bernburg. Abgabe von kondensierter Milch. Diejenigen Haushalte, welche auf Abschnitt 5 der Hausbaltungskarte mit kondensierter Milch noch nicht beliefert sind, können gegen Vorlegung der Haushaltungskarte je eine Dose Milch zum Preise von 7,60 Mk. in der Stadtküche, Wolfgangstift (Waisenhausplatz); Mittwoch, den 3. November cr., in Empfang nehmen.

Dessau. Ein Hochverratsprozeß. Das Oberlandesgericht Naumburg hat gegen den Rechtsanwalt und ehemaligen Leutnant und Zeitfreiwilligen Bernhard Hahne wegen seiner Aussagen im Staatsrate anläßlich des Kapp-Putsches das Hauptverfahren wegen versuchten Hochverrats eröffnet. Die Sache dürfte noch während des jetzt tagenden Schwurgerichts zur Verhandlung kommen.

Soziales.

Die Lehrlingsverhältnisse im Bäckergewerbe.

Da die Zeit herangerückt ist, in welcher die Eltern nach Lehrstellen für ihre zur Schulentlassung kommenden Söhne Umschau halten, möchten wir denjenigen, die beabsichtigen, ihre Söhne Bäcker lernen zu lassen, folgendes der Beachtung empfehlen.

Nach einer Verordnung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 1. Juli 1920 darf in Bäckereien, Konditoreien usw., überhaupt in allen Betrieben, in denen gewerbsmäßig Backwaren hergestellt werden, nur ein Lehrling eingestellt oder beschäftigt werden. Diese Vorschrift soll keine Anwendung auf solche Betriebe finden, in denen bei Inkraft treten der Verordnung bereits mehrere Lehrlinge gehalten wurden. Neueinstellungen von Lehrlingen dürfen in solchen Betrieben erst dann erfolgen, wenn die vorhandenen Lehrlinge ausgelernt haben, oder sonst das Lehrverhältnis in rechtsgültiger Weise gelöst ist. Alsdann darf auch in solchen Betrieben nicht mehr als ein Lehrling gehalten werden. Diesem Beispiel sind bereits andere Ministerien gefolgt und weitere werden es noch tun. Nach einer weiteren Verfügung hierzu sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten ihr Augenmerk darauf richten, daß die Verordnung nicht umgangen wird durch Einstellen von sogenannten Hausburschen. Des weiteren sollen die Lehrmeister, die mehr als einen Lehrling halten, im Einvernehmen der gesetzlichen Vertreter der Lehrlinge, veranlaßt werden, die überschüssigen an solche Meister abzugeben, die keine beschäftigen. Bei dieser Verteilung sollen die Fachausschüsse mit beratlich sein. Der Hallische Ausschuß hat sich auch bereits mit dieser Frage beschäftigt, und nur zu deutlich war ersichtlich, daß den Meistern diese Verordnung nicht in den Kram paßt. Gleich garnichts wollen sie davon wissen, das überschüssige Lehrlinge abgegeben werden sollen, weshalb wir uns veranlaßt sehen, die Eltern und Vormünder darauf aufmerksam zu machen, dieses Recht zu benützen. Je weniger das geschieht, um so mehr winkt dann dem jungen Gehilfen Arbeitslosigkeit, an der die übergroße Zahl von Lehrlingen in erster Linie schuld ist. Im Jahre 1914 kamen auf 100 Gehilfen: 39 Lehrlinge, 1917: 143, 1919: 111. Bez. Arbeitsgelegenheit weist die Statistik nach, daß auf 100 freie Stellen ca. 7–800 Arbeitsuchende kommen. Nicht viel besser sind die Verhältnisse im Konditorenberuf, auch in diesem werden weit mehr Lehrlinge ausgebildet, als es für den Nachwuchs im Beruf notwendig ist, die Folge davon ist auch hier eine ganz erhebliche Arbeitslosigkeit. Weil nun die Lehrstellen auf Grund der Verordnung weniger sein werden, wird man zweifelsohne versuchen, die Verordnung dadurch zu umgehen, daß man die jungen Leute als Hausburschen anmeldet und beschäftigt. Es bejaht aber diese ausdrücklich, das Hausburschen bei der Herstellung von Backwaren nicht beschäftigt werden dürfen. Eine solche Umgehung der Verordnung zieht sächlichtlich Strafe nach sich, und der junge Mann hat noch obendrein den Schaden. Diejenigen Eltern und Vormünder, die trotz alledem ihr Kind in diesen Beruf in die Lehre geben, mögen nicht versäumen, sich zuvorgewissern, wem sie ihr Kind anvertrauen. Sie sollen aber auch kontrahlich eine Entschädigung fordern, denn gar zu hart ist es, die Lehrzeit über für Kleidung, Wäsche usw. sorgen zu müssen. Eine solche von im ersten Lehrjahre 5 Mk., im zweiten 5 Mk. und im dritten 10 Mk. soll verlangt werden. Weiter ist zu verlangen, daß Ferien gewährt werden, denn es ist nur recht und billig, wenn ein in der Entwicklung befindlicher Mensch einmal Erholung hat. Besonderes Augenmerk ist auf die Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit zu richten; arbeiten nach den 8 Stunden sind verboten, ganz gleich welche. Strikte abgelehnt werden muß, wenn verlangt wird, daß sich der Lehrling nur mit Erlaubnis des Meisters Vereinen, Verbänden usw. anschließen darf; das Verlangen ist unzulässig. Weil wir in diesen Punkten mit den Innungen einen schweren Kampf ausfechten, sich die hierfür zuständigen Behörden aber hinter ihre Paragraphen verschanzen, fordern wir die Eltern und Vormünder der Lehrlinge zur Mithilfe gegen solche Rückwärtserei auf. Die Zeit muß ein für allemal vorbei sein, daß der Lehrmeister unbeschränkter Herr und Gebieter über den Lehrling ist. Wir hoffen, daß unsere Warnungen beachtet werden, denn nur dadurch können Entäuschungen verhindert werden. Gern wird Rat und Auskunft hierüber erteilt.

Vom Verband der Bäcker und Konditoren,
Halle (Saale), Harz 42/44 III.

Werbt neue Abonnenten.

Seidenplüsch- u. Samtmäntel ist die bekannte Spezialität! Loewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0007

Den werten Einwohnern von **Bretna und Umgebung** gebe ich hiermit bekannt, daß ich mein

Kolonialwaren-Geschäft

eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll *2581

Otto Thäle.

Gleichzeitig Eröffnung der **Bäckerei** von **Oswald Möbius, Bretna, Torgauer Str.**

Mode-Zeitungen

empfiehlt die

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Donnerstag, den 4. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72001—73500, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben.

Städtischer Verkauf von Kerzen, Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, Reis, Trockenei, Bratfett und Nährsuppen

in der Talamtschule am Donnerstag, den 4. November 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27501 bis 32000 vorm. von 8—12 und die Inhaber der Nummern 32001—37000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für 4 Stück, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dose Armee-Konserven mit reichlich Fleisch zum Preise von 6,60 Mk., ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk., für das halbe Pfund, 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4,— Mk., 200 Gramm Bratfett zum Preise von 5,— Mk., für 200 Gramm und ½ Pfund Nährsuppen zum Preise von 50 Pf., für das halbe Pfund abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

1. Unter Bezugnahme auf die unterm 10. Sept. 1920 veröffentlichte „Anordnung betr. die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften vom 10. August 1920" wird erneut darauf hingewiesen, daß jeder, der in der von ihm betriebenen Gast- oder Schankwirtschaft weibliche Angestellte mit der Bedienung oder Unterhaltung der Gäste derart, daß ein unmittelbarer Verkehr mit diesen stattfindet, beschäftigen oder zu solcher Beschäftigung zulassen will, dies vorher der Ortspolizeibehörde anzumelden hat. Die gleiche Anmeldung hat derjenige zu erstatten, welcher bei Inkrafttreten der erwähnten Anordnung weibliche Angestellte bereits beschäftigt hat und deren Weiterbeschäftigung beabsichtigt. Die Anmeldungen sind schriftlich an die Polizeiverwaltung, hier, zu richten. Unter die Vorschriften dieser Verordnung fallen insbesondere auch die in den sogenannten Bars und Dielen beschäftigten weiblichen Angestellten, soweit Speisen und Getränke von diesen unmittelbar an die Gäste verabfolgt werden, ebenso das weibliche Bedienungspersonal für Logierzimmer. Das Küchenpersonal fällt nicht darunter, sofern es nicht etwa zeitweise mit der Bedienung oder Unterhaltung der Gäste beschäftigt wird.

2. Die von den Wirtschaftsinhabern über jeden Ein- und Austritt weiblicher Angestellter innerhalb 24 Stunden zu erstattenden Anzeigen sind dem zuständigen Polizeirevier in folgender Aufstellung einzureichen: An- (Ab-)meldung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften, gemäß § 4 der Verordnung vom 10. August 1920. Name, Vorname, Geburtstag und -Jahr, Geburtsort (Kreis), jetzige Wohnung, Arbeitsstelle, Art der Beschäftigung, Datum des Eintritts (Austritts), Aufenthalt während der letzten 3 Jahre (nur bei Anmeldungen, Name, Stand, Wohnort der Eltern bzw. des Vormundes (nur bei Anmeldungen), Bemerkungen. Halle (Saale), den . . . . (Unterschrift des Arbeitgebers). Schriftlicher Dienstvertrag, welcher die Bestimmungen des § 6 der Anordnung vom 10. August 1920 berücksichtigen muß, ist gleichzeitig mit vorzulegen.

3. Das von den Wirtschaftsinhabern zu führende fortlaufende Verzeichnis ist folgendermaßen anzulegen: Verzeichnis der beschäftigten, weiblichen Angestellten gemäß § 4 der Verordnung vom 10. August 1920. Bezeichnung des Betriebes, Straße, Nr., Laufende Nummer, Name, Vorname, Geburtstag und -Jahr, Geburtsort, Datum des Eintritts (Austritts), Beschäftigungsart. Dasselbe ist mit Seitenzahlen zu versehen und vor Ingebrauchnahme dem zuständigen Polizeirevier zur Abstempelung vorzulegen.

Auf genaue Beachtung der in den §§ 6—9 der eingangs erwähnten Verordnung enthaltenen Vorschriften wird besonders verwiesen.

Die Polizeiverwaltung.

Sangerhausen

Erhebung der Grundsteuern und des Schulgeldes.

Obgleich die neue Grundsteuerordnung die Genehmigung der Aufsichtsbehörde noch nicht erhalten hat, haben wir beschlossen, unächst 1000% Zuschlag zur staatlich veranlagten Grundsteuer zu erheben. Endgültige Abrechnung erfolgt nach Bestätigung der Steuerordnung. Gleichzeitig bemerken wir, daß 1000% Zuschlag noch nicht die Höhe erreicht, welche durch die bereits beschlossene Erhebung von 1% des gemeinen Wertes erreicht wird. Ferner sollen an Schulgeld für jeden Schüler des Gymnasiums vorläufig 300 Mark pro Jahr zur Hebung kommen, da an Genehmigung dieses Mindestsatzes nicht zu zweifeln ist. Zur Deckung des augenblicklichen Finanzbedarfes werden an Schulgeld für die gehobene Schule zunächst 50% der beschlossenen Schulgeldsätze erhoben, und zwar: a) für Mädchen, Klasse 9, 100,— Mk., Klasse 8, 112,50 Mk., Klasse 7, 125,— Mk., Klasse 6, 137,50 Mk., Klasse 5, 150,— Mk., Klasse 4, 175,— Mk., Klasse 3, 200,— Mk., Klasse 2 und 1, 225,— Mk. jährlich; b) für Knaben, Klasse 8, 100 Mk., Klasse 7, 112,50 Mk., Klasse 6, 125,— Mk., Klasse 5, 137,50 Mk., Klasse 4, 150,— Mk., Klasse 3, 162,50 Mk., Klasse 2 und 1, 175,— Mk. jährlich. Wir ersuchen, den für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember d. J. entfallenden Teilbetrag an Grundsteuern und Schulgeld bis zum 15. November d. J. an unsere Steuerkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 6, abzuführen.

Sangerhausen, den 28. Oktober 1920.

*2575 **Der Magistrat.**

Es ist ein Taschentuch gefunden. *2575

Sangerhausen, 30. Okt. 1920. **Polizeiverwaltung.**

Abgabe von Brot- und Zuckermarken.

Diejenigen Kaufleute, welche Kundenlisten abgegeben und dem Waren-Einkaufsverein angeschlossen sind, haben die Marken am Mittwoch, den 3. Nov. 1920, dortselbst abzuholen. Die übrigen Kaufleute empfangen die Marken am gleichen Tage beim hiesigen Kreiswirtschaftsamt, Zimmer Nr. 19, von 2—5 Uhr nachmittag. *2578

Sangerhausen, den 1. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Kaspareck.

U.T

Morgen letzter Tag!

Leipziger Str. 66

Das ausgeschnittene Gesicht.

Detektiv-Abenteuer i. 5 Akten.

Alte Promenade 11a.

Pola Negri

in dem großen Drama:

Das Martyrium

4876 Beginn 4 Uhr.

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Nur noch heute und morgen:

Sselam Aleikum.

Der große Film.

Vorspiel und 6 Akte!

Vorführung: 5.00 8.00 Uhr.

O, du armer Jonathan!

Prächtiges Lustspiel in 3 Akten

Vorführung:

4.00 6.45 9.45 Uhr. 4877

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Die grosse Bedeutung

dieser Marke

erfahren Sie morgen.

4878

Geschäftseröffnung.

Den werten Einwohnern von **Halle und Umgegend** zur gefl Kenntnisnahme, daß wir mit dem heutigen Tage unter der Firma

Günther & Co.

eine **Rohprodukten- und Fellhandlung**

eröffnet haben. 4872

Es wird unser Bestreben sein, stets die **höchsten Tagespreise** für Rohprodukten aller Art zu zahlen und bitten wir um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Günther & Co.,

Fell- und Rohproduktenhandlung,

Halle (Saale), Graseweg 8. Telephon 6130.

(Früher: **Paul Günther,** Taubenstr. 8.)

Werbt für das Volksblatt!

Oetker's Rezepte

Apfeltorte mit Guß.

Zutaten: 200 g Mehl, ½ Päckchen von **Oetker's Milch-Eiweißpulver,** 1 Eßlöffel voll Butter oder Fett, 1 Eßlöffel voll Zucker, ½ Päckchon von Dr. Oetker's „Backin", 6 Eßlöffel voll Milch oder Wasser.

Zutaten zum Guß: 140 g Mehl, 80 g Zucker, 1 Eßlöffel voll Butter, 1 Teelöffel voll von **Dr. Oetker's „Backin", ½ Päckchen von Oetker's Milch-Eiweißpulver,** ¼ Liter Milch oder Wasser.

Zubereitung: Mehl, Eiweißpulver, Butter, Zucker und „Backin" verarbeitet man mit der Milch zu einem festen Teig, rollt ihn aus und belegt damit eine Obstkuchenform. 3—4 Pfd. Aepfel werden am Abend vorher geschält, in Scheiben geschnitten und eingezuckert, dann belegt man den Teig mit den Apfelschnitten.

Die Zutaten zum Guß rührt man zu einem flüssigen Teig an und gießt die Masse über die Apfelscheiben und backt die Torte 30—40 Min.

Alle Sorten 4034

Felle, Häute und Wolle

kaufen zu Höchstpreisen

Gebr. Danglewitz,

Fellzurichterei, Fischerplan 2

Für Fellsammler Vorzugspreise.

Reparaturen an **Uhren** sowie **Gold- und Silber-Gegenständen** und **Schmucksachen** übernimmt bei solider Ausführg. zu normal. Preisen.

H. Lerner, 4868

Uhren-Reparatur-Werkstatt,

Gr. Steinstrasse 85.

(gegenüb. Barfüßerstr.)

Ausscheiden! Aufbewahren!

+ Frauen +

verlangen *2194 bei Störungen u. Unregelmäßigkeiten sofort nur d. anerkannt vorzügliche Dr. Hoffmanns Mensalin. Bestbewährt u. empfohl. Garant.unschädl. Pr. M. 8.00 Versand diskr. nur durch Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg 243.

!!! Wo !!! *2584 gibt es wirklich preiswerte **Zigarren, Zigaretten,** Tabake? im Zigarrenimporthaus Paul Schmidt, Geissstr. 22. Wiederverk. erh. hohen Rabatt.

Kohlen-Bezugsscheine und **Kohlen-Karten** 4860

werden angenommen und sofort prompt beliefert.

Danker, Schützenstraße 20.

Fischgeschäft krankheitsh. z. pt. erford. Wohn.-Tausch p. 2 Zimm. Off. u. V. H. 704 d. Bl. 4865

Alle Sorten 4000

Felle und Metalle

kauft zu höchsten Preisen

Menzel, Wörmlitzerstr. 19.

Fellsammler *2268

finden besten Absatz bei Mitteld. Fellverw.

A. Schnabel & Co.,

Sophienstr. 17 p. Tel. 4914.

Guterh. Küchenschrank, Glasschr. mit Kommode bill. zu verk. Radewell, Talstraße 17, I. *2577

Zoo. 4866

Donnerstag, 4. Novbr.: abends 8 Uhr

2. Gesellschaftskonzert

ausgeführt vom **Philharmonischen Orchester.**

Leitung: Obermusikmeister Karl Steuer.

Solistin: Opernsängerin Alice von Boer-Grusselli.

Eintrittspr. für Nichtabonnenten: 2 Mark.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte!

Große Sendungen preiswerter

Qualitäts-Zigarren

eingetroffen! 4875

Konkurrenzlos billige Preise.

Sehr günstige Einkaufsgelegenheit!

Ferner:

Vorzügliche deutsche Zigaretten ohne Mundstück, ohne Preisaufdruck, goldgelbe Ware, starke volle Formen

per Mille **135,00 175,00 220,00 250,00**

solange Vorrat reicht.

Lagerbesuch lohnend! — Franko-Lieferung!

Leipziger Tabakhaus

Halle (Saale) Telephon 4721 **Mauerstraße 1** Ecke Steinweg.

„Süße Mädels" von Kosmos, zum Original-Fabrikpreise mit Rabatt.

Aeltere Maschinen-Bauschlosser, ältere Werkzeug-Maschinenschlosser, ältere Elektromont., selbständ. Heizungs-Monteure, ältere Horizontalbohrer, perfekte Hobler, tüchtige Metallschleifer, ältere Schlosser für Eisenkonstruktion werden eingestellt. *2567

Städt. Arbeitsamt, Fachabteil. f. d. Metallgewerbe, **Gr. Berlin 14.**

Nie wiederkehrende Gelegenheit.

Kaufe alte

Zahngebisse auch zerbrochene Teile.

Zahle pro Zahn bis 20 Mk., Gebiß bis 1000 Mk.

Gerade alte Gebisse haben meist — einen nie geahnten Wert. —

Kaufe auch **Quecksilber, Kupfer** und alte **Grammophonplatten**

Ankauf in **1 alle nur Donnerstag, 4. Nov.,** Hotel Grüner Baum, Franckestraße, von vorm. 9 Uhr an bis abends 7 Uhr, Zimmer 7, I. Etage. 4864

Fahrt wird vergütet. **Adermann.**

Alle Parteischriften

empfiehlt die

Volksbuchhandlung

Harz 42-44.

Familien-Nachrichten

Deutscher Eisenbahner-Verband Halle (Saale).

Berichtigung.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Kollegen

Andreas Becker

findet am Donnerstag, den 4. November, nachm. 2 Uhr auf dem **Südfriedhofe** statt.

4874 **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres Sohnes und Bruders **Otto** sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, unseren

herzlichen Dank.

Insbesondere danken wir dem Arbeiter-Turnverein und der Jugend von Radefeld für das letzte Geleit, sowie Tragen und Stellen der Trauermusik; besonders auch dem Ortsverein ADGB, der Arbeiterunion, seinen Arbeitskollegen, sowie Herrn Beiske für Niederlegen der Schleifenkränze am Grabe.

Radefeld, den 1. November 1920.

Familie Fränzel. *2574

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben treusorgenden Bräutigams, seiner beiden Kinder guter Vater, des **Schlossers**

Hermann Schulze,

sage ich allen denen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, meinen herzlichsten Dank. Auch vielen Dank seinen Arbeitskollegen und Vorgesetzten der Eisenbahn-Betriebswerkstatt, Schuppen III, für Kranz, Geldspende und Rede 4866

In tiefem Schmerze:

Frau verw. Minna Panterott, geb. Ochse, nebst Kindern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0008

Leben • Wissen • Kunst

Vertretertag der Volksbühnenvereine.

Zum ersten Male traten am 27. Oktober in Berlin Vertreter der deutschen Volksbühnenvereine zu einer Tagung zusammen. In dreitägigen Verhandlungen wurde überaus fruchtbare Arbeit geleistet. Ein Referat des Berliner Generalsekretärs der Berliner Volksbühne, Dr. Nestriepke, zeigte, wie besonders seit der Revolution der von der Berliner Volksbühnenorganisation zuerst verwirklichte Volksbühnengedanke sich überallhin ausgebreitet habe. In 20 Städten Deutschlands bestünden heute bereits Vereinigungen, die es sich nach der Art der Berliner Volksbühne E. V. zur Aufgabe machten, die „Theaterkonsumenten" auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts unter Ausschaltung parteipolitischer und konfessioneller und vor allem auch aller gegen die moderne Arbeiterbewegung gerichteten Tendenzen zusammenzuschließen, um auf genossenschaftlicher Grundlage durch Veranstaltung guter Theateraufführungen, Konzerte und dergleichen zu billigen Einheitspreisen den breiten Massen die Schätze der Kunst zu erschließen und zugleich den Theaterbetrieb zu befreien von allen Rücksichten auf Kassenerfolge, d. h. ganz der Kunst dienstbar zu machen. Fast ein halbes Dutzend dieser Vereine veranstaltet bereits Theatervorstellungen in eigener Regie, zum Teil in selbsterbauten oder gepachteten Häusern, während die übrigen einstweilen noch darauf angewiesen sind, einzelne Vorstellungen in den vorhandenen Geschäftstheatern zu pachten oder sich an den üblichen Vorstellungen durch Abnahme eines Teiles der Plätze zu beteiligen. In Groß- wie in Kleinstädten zeigte sich die Möglichkeit, durch die Organisation der Besucher eine außerordentliche Verbilligung des Theaterbetriebs herbeizuführen und die Volksbühnenvereine zu maßgebenden Faktoren der Kunstpflege zu machen. Wuchs in Berlin die Volksbühnenorganisation bereits auf 140 000 Mitglieder an, so bildeten sich doch auch in Orten mit 20- und 30 000 Einwohnern, wie in Celle und Detmold, lebenskräftige Vereine, die ihren Mitgliedern eine Fülle ausgezeichneter Darbietungen zu ganz geringen Preisen zugänglich machen.

Das Ergebnis der Aussprache, die sich an diesen Vortrag anschloß, war der einmütige Beschluß, die vorhandenen, auf dem Boden der Berliner Volksbühne stehenden Vereine in einen Verband zusammenzufassen. Mit der Schaffung dieses Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine wurde der Grund gelegt zu einer umfassenden Organisation der „Kunstkonsumenten" mit dem Ziel, die genossenschaftliche Organisation der Kunstpflege überall zu fördern und insbesondere die Ueberführung der Theater in Gemeinbesitz durchzusetzen. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde Kurt Baake, zum Generalsekretär Dr. Nestriepke gewählt.

Die Bedeutung der Tagung erschöpfte sich aber nicht in dieser Verbandsgründung. Eine Reihe wertvoller Referate wies den Volksbühnenvereinen Wege für ihre künstlerische Betätigung. Dr. Slekow (Chemnitz) und Julius Bab (Berlin) behandelten die Fragen, in welchem Sinne die Volksbühnen ihren Theaterspielplan gestalten sollten. Verschieden waren die Ausgangspunkte, von denen beide Redner das Thema besprachen: für Dr. Slekow das künstlerische Schaffen Ausdruck des Klassenkampfes, die Volksbühne berufen, an der Grenze zweier Kulturepochen sich als Mittel des Klassenkampfes zu fühlen und sich bewußt am Aufbau der neuen Kultur, der Kultur der emporsteigenden Klasse, zu beteiligen; für Julius Bab die Kunst Ueberwindung des Klassenkampfes durch die Idee, die große Schöpferkraft, und die Vorbereitung einer neuen sozialistischen Kultur. Gleich waren die Folgerungen, die beide Sprecher zogen: daß es die Aufgabe der Volksbühnen sein müsse, das echte Kunstwerk den Massen zu geben, nicht aber, um irgend einer Tendenz willen den künstlerischen Maßstab zurückzustellen; durch das Beste im künstlerischen Schaffen aller Zeiten die Menschen emporzurütteln, sie zu erschüttern und so im Innersten zu revolutionieren, ihnen Herz und Blick zu erschließen für die höchsten und tiefsten Dinge, das müßten sich die Volksbühnen zum Ziel setzen. Leo Kestenberg wies auf die Bedeutung hin, die der Musikpflege im Rahmen der Volksbühnenvereine zukomme. Das Musikdrama als Gesamtkunstwerk im Wagnerschen Sinne dem Volke nahezubringen, müßte letztes Ziel dieser Musikpflege sein; solange dem noch allzugroße Schwierigkeiten entgegenständen, hätten zum mindesten gute Konzerte den Mitgliedern der Vereine Wesen und Bedeutung der Musik nahe zu bringen.

Dr. John Schikowski behandelt die Möglichkeiten, auf dem Gebiet der bildenden Künste erzieherisch und fruchtbar zu wirken. In ausgezeichneten Darlegungen würdigte er die einzelnen Methoden, das Auge richtig sehen zu lehren und die dafür Veranlagten tiefer hineinzuführen in das Verständnis der bildenden Kunst.

Endlich ergänzte K. H. Döscher diese Referate durch einen Vortrag über die Aufgaben der Volksbühnenvereine im Hinblick auf Film und Kino. Lange Zeit ein schroffer Gegner aller Kinodarbietungen bekannte er, in der letzten Zeit zu einem anderen Urteil über die Möglichkeiten, das Kino für Bildung und künstlerische Genüsse fruchtbar zu machen, gekommen zu sein. Was heute das Kino biete, sei zwar überwiegend noch Schund und müsse bekämpft werden; aber tatsächlich biete der Film doch auch starke Möglichkeiten, künstlerische Eindrücke zu vermitteln. Aufgabe der Volksbühnenvereine sei es, denjenigen ihrer Mitglieder, die das Bedürfnis nach Kinovorführungen hätten, in besonderen Vorstellungen ausgewählte, künstlerisch wertvolle Films vorzuführen, für diese Zwecke ein brauchbares Filmarchiv anzusammeln und dergestalt durch Steigerung des Bedarfs an guten Films auch die Produktion zu beeinflussen.

Endlich brachte die Tagung noch zwei aufschlußreiche Vorträge von Dr. Seelig (Berlin) und und Dr. Elger (Pankow), in denen die Pflichten und Möglichkeiten des Reichs, der Länder und der Kommunen behandelt wurden. Maßnahmen zur Sozialisierung des Theaters zu treffen. Beide Redner betonten, daß eine Kommunalisierung des Theaters notwendig sei, die aber in keinem Falle eine Bureaukratisierung und Schematisierung werden dürfe und deshalb eine Organisation der Kunstgenießenden als eines mitbestimmenden, ja maßgebenden Faktors nicht entbehren könne. Beide Redner legten eingehend dar, daß die schlechte Finanzlage Staaten und Städte nicht von der Aufgabe entbinden könne, Mittel für Kulturzwecke bereitzustellen, daß die Fürsorge für die geistigen und seelischen Bedürfnisse gerade angesichts der Notwendigkeit größter materieller Einschränkungen dringend erforderlich sei. Beide wandten sich unter diesen Gesichtspunkten gegen die Belastung der gemeinnützigen Theater mit irgendwelchen Steuern, beide forderten sie die weitestgehende Förderung der Volksbühnenbestrebungen durch die öffentlichen Gewalten. Dr. Elger verlangte als mindestes die Bereitstellung erheblicher Kredite zum angemessenen Zinsfuß für Theatergemeinden nach der Art der Volksbühnenorganisationen, denen überall die Möglichkeit zur Schaffung eigener Theaterhäuser gegeben werden müsste. Dr. Seelig wandte sich gegen die Auffassung, als würde ein kommunaler Theaterbetrieb das schöpferische Genie der „Theaterkapitäne" nicht zur Geltung kommen lassen, und forderte grundsätzlich die Ausschaltung jedes privatgeschäftlichen Theaterbetriebes.

An alle diese Referate schloß sich eine wertvolle Aussprache. Ihr Ergebnis war die einstimmige Annahme einer Resolution in der es heißt:

„Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine fordert grundsätzlich die Ueberführung der Theater in Gemeinbesitz, wobei der Organisation der Kunstgenießenden entscheidende Mitwirkung zu sichern ist. Bis zur Durchführung dieser völligen Sozialisierung verlangt der Verband von Staat und Gemeinden die weitestgehende Förderung der Volksbühnenvereine und ihrer Bestrebungen. Mit aller Entschiedenheit lehnt er jede Belastung der gemeinnützigen Theaterunternehmungen mit öffentlichen Abgaben und vor allem auch einer Lustbarkeitssteuer ab."

Der Schluß der Tagung, auf der auch die neugegründete Freie Volksbühne Halle vertreten war, bildete eine öffentliche Kundgebung mit dem Thema: Volksbühnenbewegung und Sozialisierung des Theaters. Sie, die von Tausenden besucht war, nahm, wie die Tagung selbst, einen harmonischen imposanten Verlauf. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man von dieser Tagung und der Gründung des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine eine weitbin wirkende Anregung für die künftige Entwicklung des Theaterwesens erwartet. Die Kräfte, die in jenem Verband zusammengeschlossen sind, dürfen jedenfalls beanspruchen, als wichtigster Faktor bei der Umgestaltung der heutigen Verhältnisse in der Kunstpflege, bei der Ueberwindung des Geschäftstheaterbetriebes durch das Kulturtheater, gewertet zu werden.

Mütter.

Von Magdelaine Marx.

Wir sind in der Lage, unseren Lesern ein interessantes Kapitel aus dem Aufsehen erregenden Roman „Weib" einer jungen Französin mitzuteilen, dessen deutsche Ausgabe, von Stefan Zweig übertragen, in diesen Tagen im Rhein-Verlag erscheint, nachdem er in Frankreich und Amerika bereits in großen Auflagen verbreitet ist.

Ich hatte wohl das Gefühl, nicht bereit zu sein, Mutter zu werden; ich empfand eine gewisse Scheu, eine dumpfe Angst, und wenn es geschah, daß ich dies vor den anderen Frauen ganz laut äußerte, besänftigten sie mich lachend: Qualen sie sich doch nicht so sehr, das lernt sich schon von selbst, es genügt Mutter zu sein, um ein Kind erziehen zu können! . . ."

Der Zufall war es, der mich in diese Straße geführt hat. Ich kam an dem Spital vorbei. Durch das Hauptior wehte eine laue, schale Luft, sickerte aus den Mauern und umgab das düstere Haus mit einem ekelerregenden Dunst. Eine lange Reihe von Frauen, die der graue Trichter der Straße ausspie, sammelte sich unter dem Tor. Ich weiß nicht, welcher Einfall mir kam, daß ich zurückging und mich ihnen anschloß.

Man ließ uns zuerst in einem Saal warten, in dem pharmazeutische Gerüche schwelten. Jemand öffnete die Türe, und sogleich begann solch ein Lärm, solch ein Konzert menschlichen Miauens, gurgelnden Geschreies, schrillen Gezwitschers, daß eine Art Panik mich ergriffe. Mit der dumpfen Geduld zusammengepferchter Tiere zogen die Frauen hin, füllten Zeitel aus, wiegten und schaukelten mit derselben maschinenhaften Geste das leichte und zerbrechliche Paket, das sie alle in ihren Armen trugen.

Als ich mich einer von ihnen näherte, erblickte ich — ich hatte mich herabgeneigt — das runzelige Endchen eines greisenhaften, kleinen, rothäutigen Gesichtes, und ich fühlte, daß ich hierher gekommen war, um meine Erwartung zu erfüllen und schon jetzt mein Kind zu sehen.

Diese Frau hatte das blutleere Gesicht einer Ertrunkenen; farblose Haarsträhnen, wie Algen so schlaff, umflatterten es. Sie sah meinen bittenden Blick, und mit einer großmütigen Geberde lüftete sie für mich das dicke graufarbige Tuch, das sie um sich gewickelt hatte: „Drei Monate", fügte sie hinzu. Denn man nennt das Alter eines Kindes, bevor man seinen Namen ausspricht.

Die winzige Larve runzelte ganz leise ihre Stirne, die aus schuppigem Satin gemacht schien, streckte sich, entblößte zwei ein wenig verglaste Augen, die bräunlich rot umrandet waren und ließ durch ein zahnloses, mit Fleisch austapeziertes Loch seine klagenden Kehllaute erschallen. Mit vorsorglicher Hand hatte die Mutter aus ihrer Tasche ein Stück Kautschuk gezogen, das das Wimmern in ein monotones und glucsendes Schnurren verwandelte. „Wirst du nicht ruhig sein! ah, Sie werden sehen, das ist eine Plage. Ich bin schlecht daran gewesen, habe keine Milch gehabt; wenn ich ihm auch Fleischsuppen gebe und gewichte Semmeln, es schlägt ihm nicht an. Wenn Sie vielleicht glauben, daß sie von den schönen Worten des Arztes bid werden — na wissen denn die überhaupt, was Kinder sind? . . ." „Was du nicht sagst", kreischte eine dicke Blonde, die triumphierend ein Kind mit hängenden Backen trug, dessen blaue Augen wie zwischen zwei enggeschlossenen Knopflöchern hin und her glitten. „Schaut mich an, der meine ist mit neun Monaten alles was wir essen — na, was sagt ihr dazu?"

Es bildet sich eine Gruppe. „Wozu kommt er dann her?" fragte eine riesige Gevatterin mit einem Werwolfsgesicht, grauem Haar über spitzen blutgeäderten Böckchen. Die Blonde drehte den Kleinen um seine eigene Achse und entblößte sein molliges Fleisch, das stellenweise von rotumrissenen Krusten wie gepanzert war. „Ich nur deswegen! . . ."

Die Sitzbank war frei geworden, die Wehrwölfin ließ sich darauf hinfallen und breitete den Säugling, den sie trug, auf ihren Knieen aus. „Es gehört meiner Tochter", erklärte sie denen, die ihr gefolgt waren, „es ist ihr drittes. Sie können sich denken, daß sie ruhig sein kann, während sie in der Fabrik arbeitet; die Frauen kennen mich schon, ich habe elf gehabt." Eine allgemeine Mitleidsbezeugung folgte, und sie widerlegte: „Zwei sind mir nur geblieben". Dann begann sie den Kleinen zu schaukeln, indem sie ihren Körper hin und her wiegte, und zwischen ihrer halbgeöffneten Bluse ihre abgestorbenen Brüste erraten ließ. Die eintönige Bewegung ihrer Knie hatte etwas Erschreckendes und Schicksalsvolles.

„Was die nicht alles wollen: bald gibt man ihnen zu viel, bald zu wenig, bald wäscht man sie nicht und wiegt sie nicht ab. Zu meiner Zeit machte man nicht so viele Geschichten, und das wuchs doch auf. Ich habe zu meiner Tochter gesagt: Du wirst es mir überlassen, entweder verstehe ich mich darauf und die Kinder aus mich, oder nicht. Den meinen habe ich Brei mit Wasser gegeben, was besseres gibt es nicht", und sie hob beim Sprechen die leeren Fleischsäcke, die sich wie eine Kinnbinde um das Oval ihres Gesichtes legten: „Also Sie lassen zwei, drei Brotkrusten kochen . . ." „Ja, ich kenne das" — unterbrach die Frau, die einer Ertrunkenen glich. „Der da hat Bronchitis", nahm die Gevatterin wieder das Wort, „wo er das erwischt haben mag? — und geht doch fast nie aus und schläft neben dem Ofen. Ich will versuchen, eine Flasche Sirup zu ergattern."

Die beiden Flügel der Türe öffneten sich, und auf das Zeichen einer Pflegerin erhoben sie sich zugleich, indem sie alle dieselbe liebevolle Geberde vollführten, um ihre schreiende Last an sich zu drücken.

Die Schar verlor sich in einem riesigen, gut gelüfteten Saal, der in sichtdurchströmte Abteilungen geteilt, mit weißem Fußboden versehen, weiß ausgemalt war und an dessen Ende ein schemer Greis in weißer Bluse mit einer in unbefleckes Weiß gehüllten Pflegerin zur Seite, thronte. „Der Doktor", flüsterten die Frauen in einem Ton, ehrfürchtig und feindlich zugleich, und wirklich sah dieser Mann teilnahmslos und gerecht aus, wie es wohl der liebe Gott ist. Vor ihm auf dem kahlen Tische breiteten sich glänzend, hell und symmetrisch geordnet allerlei Werkzeuge und Geräte aus: eine Wage mit Körbchen, eine Reihe Kupfergewichte, die laute Strahlenklänge aus der verstreuten Musik der Sonne auf sich zogen, und dann noch andere Instrumente.

Mit bemerkenswerter Geschicklichkeit öffneten die Frauen die Wickelbänder, drehten, schürzten, packten aus, die Werwölfin hielt Nadeln zwischen den Zähnen —, die Blonde reckte ihre Brust, die ganz bespickt war mit solchen, während ein ersticdender Geruch von warmen Linnen, säuerlicher Milch, tierischem Schweiß und schalem Fleisch inmitten der Schreie auftieg.

Der Zug begann. Eine nach der anderen ging vor und bot ihr Kind wie eine armselige, welke, entblätterte und verwundete Blume dar, und sie hatten diese abgöttische und feige Gläubigkeit, die die Frommen anwenden, um zu Gott zu gelangen.

Von der Bank aus, auf die ich mich gesetzt hatte, sah ich, wie eine jede von ihnen mir das zeigte, was ich aus meinem Kinde hätte machen können . . . das eine hatte um den Hals eine rötliche, eiboschenförmige Grube, das andere erschien ganz klein unter dem Blasbalg seines Bauches und jenes, dessen Rippen zebrahafte Streifen bildeten, und dieses da mit seinem schwabbelnden, von Pusteln zerrissenen Rücken . . .

„Es hat grünen Durchfall. Es hat einen Wasserbauch. Es hat Drüsen. Es hustet." Und immer dieselben stumpfen Antworten auf die Fragen des Arztes: „Weiß nicht, weiß nicht, weiß nicht."

Der Mann warf seinen oberherrlichen Blick auf den Zeitel, den man ihm hinhielt, klopfte den kleinen Körper ab, blieb unbewegt, während er sein rasches Urteil aussprach und ging zu dem nächsten über.

Unter der verschlafenen Herde, die sich mit gesenktem Kopf entfernte, küßten einige, wie um zu sich zu kommen, wild und leidenschaftlich den Körper ihres Kindes, als wollten sie sich rächen und zeigen, daß trotz allem ihm dieser Mann weh getan hatte . . .

Ich hatte mich, meine doppelte Last schleppend, erhoben.

Ist dies also der mütterliche Liebeswahn, dem man huldigt und den man verehrt: „weiß nicht, weiß nicht, weiß nicht"? Und ich wollte mich vertrauernd demselben Wahn unterwerfen, ich, die ich es nicht besser weiß als sie, ich, die nicht die unbekannte Liebe erlernt habe, die mich erwartet?

Warum erhebt sich dieser Mann nicht, er, der „weiß", um diese von der unwissenden und verliebten Mutter unterwühlten Leben wegzureißen, warum schreit er es nicht hinaus, daß der Instinkt nicht unfehlbar, daß er schädlich, ja manchmal verbrecherisch ist?

Der größte Teil der Frauen ist mir unter der Haupttüre wieder nachgekommen, denn ich gehe schwer, und die Ertrunkene macht, als sie mich wiedersindet, ein freundschaftliches Zeichen.

„Du wirst sehen," sagt das Zeichen, „bald kommst du daran . . ."

Ja, ich weiß . . . Mutter sein. Als Gegengabe der Lebensspendung erhält man ein Recht auf den Tod seines Kindes. Und gebraucht es.

Kleines Feuilleton.

Warum ist der Name Schmidt so häufig?

Versetzen wir uns um 600—700 Jahre zurück, so treffen wir in jeder kleinen Stadt, in jedem Dorf einen Schmied. Er betrieb das allernötigste Gewerbe, er beschlug die Pferde, er hatte einen überaus wichtigen Anteil am Bau der landwirtschaftlichen Geräte, er machte Panzer, Harnische, Waffen, was eine besondere Vorbildung erheischte; Waffenschmiede und Schwertfeger gab es natürlich nicht in jedem Dorfe. Bei der damaligen Art des Reisens, wo die Eisenbahn fehlte, waren die Reisenden auf den Schmied geradezu angewiesen; er wohnte an der breiten Straße, die durch das Dorf ging, wo jeder Reisende vorbei mußte. Zwei Arten von Beförderung gab es, wenn man von den Personen absieht, die auf Schusters Rappen reisten: man benutzte Wagen oder man ritt; dies taten besonders junge Männer. Goethe z. B. unternahm seine berühmte Harzreise 1777 zu Pferde, wie überhaupt das Reiten als Reisemittel bis tief ins 19. Jahrhundert üblich blieb. Bei den schlechten Landstraßen, deren Zustand oft unbeschreiblich war, kam es bei einer weiten Reise selten vor, daß alles glücklich von statten ging; Räder brachen, die Pferde verloren Hufeisen. Da war denn der Schmied der Helfer in der Not. Kein Wunder, daß sein Handwerk sehr geschätzt war. Wie ist aber nun der Familienname Schmidt, Schmitt, Schmitz (zweiter Fall!) entstanden? Familiennamen gibt es erst seit etwa 500—600 Jahren; vorher begnügte man sich mit den Namen, die wir heute als Vornamen bezeichnen, und deren jeder Mensch einen hatte: Friedrich, Karl, Richard, Albert, Heinrich usw. Als aber allmählich die Bevölkerung wuchs, kam es vor, daß in einem Dorf oder einem Städtchen — große Städte in unserm Sinne gab es nicht — derselbe Name öfter als einmal vorkam, wodurch Anlaß zu Verwechslungen gegeben wurde. Um die verschiedenen Träger desselben Namens zu unterscheiden, fügte man das Gewerbe, das Handwerk hinzu; man sagte also z. B. Karl der Müller und Karl der Fischer oder der Schmied usw. Diese Bezeichnung verwuchs allmählich mit dem eigentlichen Namen, man ließ dann der Bequemlichkeit halber das Geschlechtswort der weg und sagte: Karl Müller, Karl Fischer, Karl Schmied oder Schmidt. Dieser unterscheidende Beiname ging auch auf den Sohn über, der weist das Gewerbe des Vaters weiter betrieb, schon aus dem einfachen Grunde, weil das Handwerkszeug nun einmal da war und nicht neu angeschafft zu werden brauchte. Besonders wertvoll war natürlich die Einrichtung einer Schmiede und das dazu gehörige Handwerkszeug; so blieb das Gewerbe in der Familie und ging Generationen hindurch auf den Sohn über. Aehnlich war es natürlich mit der Mühle, die der Sohn erbte und in der er das Gewerbe des Vaters fortsetzte; daher ist der Name Müller ebenso häufig wie Schmidt.

Bücherschau.

Jugendinternationale. Soeben ist Heft 3 in deutscher Ausgabe erschienen. Ihr politischer Teil wie das wirkungsvolle Titelbild ist dem Jahrestag der russischen Revolution gewidmet. Der Preis für das 32 Seiten starke, reich illustrierte Heft beträgt nur 1 Mk. Bestellungen sind zu richten an den Internationalen Jugendverlag, Berlin C. 2, Stralauer Straße 12.

Heiteres.

Humor des Auslandes. Eine junge Braut, die sich nach Neu-Seeland verheiraten wollte, ging zu ihrer Schneiderin, um sich einige Kleider anfertigen zu lassen. Die Schneiderin empfahl ihr lauter warme Stoffe. „Aber warum?" wunderte sich die Braut. „In Neu-Seeland ist es ja so warm." — „Da irren Sie sich," entgegnete die Schneiderin. „Das ist doch das Land, wo das Gefrierfleisch herkommt." (London Opinion.)

Der heilige Graal. Im „Militär-Wochenblatt" vom 18. Oktober lesen wir unter drei mystischen Runen eine Aufforderung zum Eintritt in die Loge zum heiligen Graal. Sie bittet alle deutschnationalen Männer und Frauen von edler blondgermanischer Rasse und aristokratischer Gesinnung vertrauensvoll Bild und Blutsbekenntnis unter obigen Zeichen einzusenden. — Es muß auch solche Käuze geben.

Die beste Bank. Wissen Sie, welches die beste Bank in Berlin ist? Die Mitteldeutsche Kreditbank. Wenn ihr die Mittel und der Kredit entzogen werden, bleibt immer noch die Deutsche Bank übrig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0009

Der Bankrott.

B. A. Reichskabinett und Reichsrat sind mit Zahlenangaben über die Verschuldung und den Haushaltsvoranschlag des Reiches an die Oeffentlichkeit getreten, die nichts weniger als die Deklaration des Bankrotts bedeuten. Die Summe der schwebenden Schuld ist von Monat zu Monat lawinenartig gewachsen und nimmt angesichts der mangelnden Steuerentrichtungen weiter zu. Der Reichsbankausweis der letzten Septemberwoche, der soeben publiziert worden ist, zeigt eine Neuausgabe von etwa 4 Milliarden Papiermark an, die in den Umlauf gepreßt und die katastrophale Inflation (Aufblähung) erneut verstärkt haben. Das Anlagekonto der Bank, auf dem sich die Schatzanweisungen des Reiches befinden, zeigt Milliardenbeträge, um die die Verschuldung weiter gewachsen ist. Die internationale Bewertung der Reichsmark zeigt seit mehreren Wochen eine scharf nach unten gerichtete Tendenz, und es ist angesichts der Lage des deutschen Geldmarktes und der Finanzmißwirtschaft der öffentlich-rechtlichen Körperschaften gewiß kein Grund zu einer optimistischen Beurteilung der valutarischen Entwicklung vorhanden.

In der Oeffentlichkeit ist die im Exposé des Finanzministers erwähnte Summe der Entschädigungsklagen an die Auslandsdeutschen viel zu wenig beachtet worden. Es ist bereits feinergeit, als der Beschluß von den gesetzgebenden Körperschaften gefaßt wurde, die Entschädigung in Goldmark, d. h. zum vollen Tageskurse zu leisten, darauf hingewiesen worden, wie unberechtigt eine derartige Maßnahme unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist. Das gesamte Proletariat leidet unter der Entwertung des Geldes, die im Zusammenhang mit den anderen Verfassungserscheinungen der deutschen und der internationalen Wirtschaft zu einer furchtbaren Verelendung und Verschlechterung der Lebenshaltung geführt hat. Zehntausende von arbeitslosen kleinen Rentnern, die ihre wenigen ersparten Tausendmarkscheine in preußischen Konsols oder Kriegsanleihe angelegt haben und auf die Zinsen aus denselben angewiesen sind, müssen die verringerte Kaufkraft des Geldes, durch die sie zumeist einem kaum erträglichen Zustand der Existenz überantwortet sind, tragen. Nur diese Kategorie von Auslandsdeutschen soll von jeder Wirkung der Verringerung des Geldwertes verschont bleiben und aus der Tasche des arbeitenden Volkes eine volle Vergütung ihres im Auslandsbesitzes erhalten. Das Reichsfinanzministerium hat den dafür erforderlichen Betrag auf die kleine Summe von 181 Milliarden Reichsmark veranschlagt, und es ist errechnet worden, daß sich durch diese Verbindlichkeit des Reiches die Gesamtsumme der gegenwärtigen Verschuldung — ohne Inrechnungsetzung des Friedensvertrages — auf fast 490 Milliarden Mark erhöht.

Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, daß eine derartige Extravergütung an die Auslandsdeutschen den einfachsten Gesetzen der Billigkeit ins Gesicht schlagen muß und daß es eine Provokation des arbeitenden Volkes darstellt, wenn man in einer so katastrophalen Lage daran denkt, eine Anzahl Volksgenossen in einer Form zu entschädigen, die sie vor jeder Teilnahme an den uns damit vertrösten will, daß auf dem Wege über die Vermögensbesteuerung ein nicht unwesentlicher Teil dieser Summen wieder an das Reich zurückfließen werde, so sind wir der Ansicht, daß die Erfahrungen, die wir bisher mit den von der Nationalversammlung beschlossenen und mit den schönen Worten Kotzapfer und Kriegsgewinnsteuer bezeichneten Angaben gemacht haben, uns nicht die Ueberzeugung beizubringen vermögen, daß diese Summen restlos herangezogen und steuerlich erfaßt werden. Nachdem das Märchen von dem Kriegsgewinnler, der seine sämtlichen Gewinne, die 172 000 Mk. übersteigen, als Steuer an das Reich abzuführen hat, noch immer nicht zur Wirklichkeit geworden ist und Schieber, frisch gebackene Millionäre und in hohen Dividenden und Ueberschüssen schwimmende Unternehmer sich noch immer des vollen Genusses ihrer Gelder erfreuen, sind wir der Ueberzeugung, daß die Technik der Steuerdeklaration, die in einer Zeit allgemeiner Not aufs feinste ausgebildet worden ist, auch in Zukunft ihre Nutznießer vor allzu schweren Abgaben bewahren wird. Schon aus diesem Grunde fordern wir, daß diese Riesensumme der Entschädigung nicht ausbezahlt, sondern der früher gefaßte Beschluß einer Revision unterzogen und eine entsprechende Veränderung der Vorschriften über die Entschädigung der Auslandsdeutschen schleunigst vorgenommen wird!

Die Steuereinnahmen des Reiches, deren Höhe für die ersten Monate des laufenden Jahres offiziell bekanntgegeben worden ist, stehen in einem krassen Mißverhältnis zu den laufenden und einmaligen Ausgaben des Reiches. Die Anforderungen des Heer im Westen eine schwerwiegende Illustration erfahren haben, belasten das Budget in außerordentlichem Umfange. Die Kosten des Verwaltungsapparates, das Heeres und der Flotte, die Lebensmittelzuschüsse usw. erfordern Milliarden, für die keine Deckung vorhanden ist. Selbst die optimistischen Schätzungen des Eisenzolls bleiben weit hinter der Summe der Ausgaben zurück, die offiziellen Berechnungen zeigen, daß noch nicht einmal die Hälfte durch sie gedeckt werden kann! Alle Ersparnisse, die in den einzelnen Ressorts gemacht werden sollen und können, sind demgegenüber mehr als unzulänglich. Auch der Reichskommissar, den man jetzt berufen hat und der für eine Verringerung der Ausgaben zu sorgen haben wird, kann gegenüber diesen Zuständen keine durchgreifende Besserung erzielen. Hier hilft keine Reform an dem einen oder anderen Zweige, kein Abstreichen von Einzelausgaben und von Beamtenstellen, es muß eine Umwälzung vor sich gehen, die das ganze Gebäude der gegenwärtigen Wirtschaft ergreift.

Es ist unmöglich, die Staatswirtschaft in Ordnung zu bringen, ohne eine neue und organische Verknüpfung zwischen Staats- und Volkswirtschaft durchzuführen. Die wirtschaftliche Kraft des gesamten Volkes muß der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Wer des Glaubens ist, mit den Mitteln der Steuergesetzgebung und der kapitalistischen Staatsfinanzpolitik bis an die Wurzeln des Uebels vordringen und die Gesundung herbeiführen zu können, der wird sehr bald einsehen, daß dieses Mühen vergeblich bleiben muß. Nicht die immer wieder fehlschlagenden Versuche einer Sanierung durch Zwangsanleihen und Notopfer können von einem tatsächlichen Erfolg begleitet sein, sondern nur die rücksichtslose Ueberleitung der großen Vermögenswerte auf die Gesellschaft und ihre produktive Nutzung mit den vorhandenen Kräften und zum Besten der Gemeinschaft. Nur die konfiskatorische Vermögenssteuer, die zu gleicher Zeit Einleitung und Mittel einer umfassenden Sozialisierung sein muß kann uns vor dem Chaos bewahren, dem wir im Eiltempo entgegengehen. Der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft, der in diesem Zusammenbruch der Staatswirtschaft symbolisches und tatsächlichen Ausdruck gefunden hat, darf nicht auf dem Wege über einen Akkord zu einer Wiederaufrichtung des Kapitalismus führen, sondern er muß mit den zusammengefaßten Kräften des Proletariats zur Basis der sozialistischen Umgestaltung gemacht werden.

Bekanntmachung betr. die Wahl der Ausschußmitglieder für die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Halle a. S. für die Jahre 1921 bis 1924.

Die Wahl der Ausschußmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Halle a. S. findet am

Sonntag, den 5. Dezember 1920, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt.

Es sind zu wählen
30 Vertreter der **Arbeitgeber** und 60 Ersatzmänner
sowie
60 Vertreter der **Versicherten** und 120 Ersatzmänner.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche.

Die Vertreter und Ersatzmänner aus der Reihe der Arbeitgeber werden von den beteiligten **volljährigen Arbeitgebern**, die übrigen von den **volljährigen Versicherten** je aus ihrer Mitte gewählt.

Wahlberechtigt sind die volljährigen — am 5. Dezember 1920 21 Jahr alten — Versicherten und deren Arbeitgeber, männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zur Zeit der Wahl bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert sind oder zu derselben Beschäftigte gemeldet haben.

Wählbar sind unter gleichen Voraussetzungen nur volljährige Deutsche.

Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtigen Beschäftigten Beiträge an die Allgemeine Ortskrankenkasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, **wenn sie regelmäßig mehr als 2 Versicherungspflichtige** beschäftigen, andernfalls zu den Versicherten. Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande sind; **ferner Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.**

Nicht wählbar ist,

1. wer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt,
2. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;
3. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Zur Prüfung der Wahl- und Stimmberechtigung dient das von der Allgemeinen Ortskrankenkasse geführte Arbeitgeber- und Versichertenverzeichnis, für **Arbeitgeber** die Quittung über die zuletzt bezahlten Beiträge, für **Versicherte** die vom Arbeitgeber oder der Kasse ausgestellte Bescheinigung über das Beschäftigungsverhältnis oder die Mitgliedschaft. Die erkennen lassen muß: Vor- und Zunamen des Versicherten, Geburtstag, Dauer der Beschäftigung und Arbeitgeber. Das Arbeitgeber- und das Versichertenverzeichnis können bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse während der Verkehrszeit eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Versichertenverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 2 Wochen vor dem Wahltage unter Beifügung von Beweismitteln bei uns anzubringen.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, **Wahlvorschläge bis spätestens 2 Wochen** vor dem 5. Dezember 1920 also bis zum
20. November 1920
bei dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse, und zwar getrennt in solche für die Arbeitgeber und die Versicherten, **einzureichen.** Später eingehende Vorschläge werden nicht berücksichtigt.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein.

Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlage gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf demjenigen Wahlvorschlage, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens so viel Bewerber nennen, als Vertreter und Stellvertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor-(Auf-)namen, Beruf und Wohnort und Wohnung zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für **Arbeitgeber** ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

Zu jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben. Die Anstände müssen spätestens eine Woche vor dem Wahltage beseitigt sein. Bis zu diesem Zeitpunkte können Wahlvorschläge auch zurückgenommen werden.

Die Wahlvorschläge sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig unterschrieben sind und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehrere Wahlvorschläge können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein einziger Wahlvorschlag anzusehen und zu behandeln sind. In solchen Fällen müssen die Unterzeichner der betreffenden Vorschläge oder die Wahlvorschlagsvertreter übereinstimmend spätestens eine Woche vor dem Wahltag dem Wahlleiter gegenüber die Erklärung abgeben, daß die Vorschläge miteinander verbunden sein sollen; anderenfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den Versicherten bis zum 20. November d. J. nur ein vollständiger Wahlvorschlag eingereicht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in dem Wahlvorschlag gültig verzeichneten Personen gelten dann in der Reihenfolge des Wahlvorschlags als von der Gruppe gewählt.

Sind auf mehreren gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten sie ebenfalls als gewählt. Sind weniger Bewerber vorgeschlagen, so gelten auch diese als gewählt; wegen der noch fehlenden Vertreter sowie wegen der erforderlichen Ersatzmänner ist jedoch alsdann eine neue Wahl vorzunehmen. Hierbei vermindert sich die zulässige Höchstzahl der zu benennenden Bewerber um die Zahl der bereits gewählten Vertreter.

Die zugelassenen Wahlvorschläge können während der letzten Woche vor der Wahl bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Hauptkasse, während der Verkehrszeit eingesehen werden.

Für den Stadtbezirk Halle a. S. werden die untenbezeichneten 3 Stimmbezirke für die Arbeitgeber, und 12 Stimmbezirke für die Versicherten gebildet, denen die Wahlberechtigten nach Lage ihrer Wohnung, gewerblichen Niederlassung oder Arbeitsstelle zur Ausübung ihres Wahlrechts überweisen werden.

Wahllokale sind: **a) für die Arbeitgeber:**

1. Hotel Kaiserhof, Reilstraße 132,
2. Käppels Hotel, Gr. Steinstraße 37,
3. Brunnerts Hofjäger, Lindenstraße 78,

b) für Kassenmitglieder:

1. Evang. Vereinshaus, Kl. Klausstraße 16,
2. Gastwirtschaft Hübner (früher Borcks Restaurant, Kurzgasse 1,
3. Gewerkschaftshaus, Harz 42/44,
4. Volkspark, Burgstraße 27,
5. Kaffeegarten, Trotharstraße 17, *2565
6. Gastwirtschaft Lindenhof, Kröllwitzerstraße 6,
7. „ Stadt Sedan, Magdeburgerstraße 23,
8. „ Hackemesser, Schillerstraße 22,
9. „ Stadt Landsberg, Delitzscherstraße 19,
10. „ zum letzten Dreier, Merseburgerstraße 82,
11. Südvolalst (früher Ballsle), Lerchenfeldstraße 14,
12. Bäckerinnungshaus, Glauchaerstraße 17.

Das Wahlrecht darf nur in einem Stimmbezirk ausgeübt werden, und zwar für Arbeitgeber in demjenigen, in dem sie zur Zeit der Wahl wohnen oder eine gewerbliche Niederlassung haben, für Versicherte in demjenigen, in dem sie zur Zeit der Wahl wohnen oder in Arbeit stehen. Zum Wahlraum haben nur die wahlberechtigten Arbeitgeber und Versicherten Zutritt.

Das Wahlrecht ist in Person und durch Abgabe eines 15 cm langen und 10 cm breiten Stimmzettels aus weißem Papier auszuüben. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung herzustellen. Der Stimmzettel muß wenigstens den Namen des auf dem Wahlvorschlage zuerst genannten Arbeitgebers oder Versicherten enthalten. Stimmzettel, welche auf andere Namen lauten, als die in den zugelassenen Wahlvorschlägen aufgeführten, sind ungültig.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. **Arbeitgeber,** die mehrere Versicherungspflichtige beschäftigen, führen bis zu 100 versicherungspflichtig Beschäftigter für je angefangene 10 und wegen der über 100 hinausgehenden Zahl für je angefangene 20 Beschäftigte eine Stimme. Mehr als 50 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Arbeitgeber mit mehrfachem Stimmrecht haben soviel Stimmzettel zu in einem besonderen Umschlag abzugeben, als sie Stimmen haben und abgeben wollen; einem Arbeitgeber, der mehr als 5 Stimmen hat, kann, soweit seine Stimmen durch 5 teilbar sind, mit seiner Zustimmung für je 5 Stimmzettel ein besonderer Umschlag ausgehändigt werden, der sich von den anderen Umschlägen deutlich unterscheidet; in diesem Falle ist die Zahl und Art der abgegebenen Umschläge vorzumerken.

Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind, andernfalls sind sie unnütz.

Es kann nur für unveränderte Wahlvorschläge gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorgeschlagenen in den Wahlvorschlägen darf nicht geändert werden.

Das Wahlverfahren vollzieht sich im allgemeinen wie bei den sonstigen Wahlen. Es muß daher jeder Wähler seinen Stimmzettel, ohne daß er beobachtet werden kann, in einen ihm im Wahllokal überreichten Briefumschlag stecken und dann dem Wahlleiter unverschlossen aushändigen, der ihn sofort in die Wahlurne einwirft. Gleichzeitig ist der Wahlausweis abzugeben. Der Wahlausschuß ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.

Ungültig ist die Wahl einer Person, die zur Zeit der Wahl nicht wählbar war.

Ungültig ist ferner die Wahl einer Person, von der oder zu deren Gunsten von Dritten die Wahl rechtswidrig (§§ 107 bis 109, 240, 339 des Reichsstrafgesetzbuches) oder durch Gewährung oder Versprechung von Geschenken beeinflußt worden ist, es sei denn, daß dadurch das Wahlergebnis nicht verändert worden ist.

Halle a. S., den 29. Oktober 1920.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse

gez.: Buchmann, 1. Vorsitzender. gez.: Teil, 2. Vorsitzender.

Enorm billiger Verkauf von modernen
Damen-Mänteln
nur gute Stoffe
Schulstraße 11,
Hof, part. 10—6 Uhr.
*2571

Nicht tropfend! **Weihnachtskerzen** Lange Brennbauer!
aus Ia. Paraffin,
110 mm lang, 13 mm Durchm., in Teillieferung für Großisten bis 30. 11. 1920, 41 600 Kartons à 12 Stück verpacht netto 140 Gramm zum Preise von 3,80 Mk. pro Karton exkl. Verpackung ab Fabrik sofort abzugeben. Eilofferten an **Willi Grützmacher, Mügeln, Bez. Leipzig.** *2579

Achtung! Ausschneiden!
Zahle für
Kupfer . . . . kg. 12,00 Mk.
Rotguss . . . . „ 11,00 „
Messing . . . . „ 5,00 „
Zink u. Blei . . „ 6,50 „
Lumpen . . . . „ 1,20 „
Wollstrümpfe . . „ 13,00 „
nicht Genanntes zu hoh. Preis. Kostenl. Abhol.
A. Schenkalowski,
4862 Kruckenbergstr. 28. Tel. 4266

Leitfaden Leitfaden
für Gemeinde- und Amtsvorsteher:
Ein Wegweiser für ihre Aemter
2. erweiterte Auflage.
Herausgegeben von der Bezirksleitung der U.S.P. Halle a. d. S.
Preis 75 Pf.
Wichtig für alle Gemeindevertreter. 7617
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, der Expedition d. Blattes, oder deren Austrägerin, sowie durch die Parteiorganisation oder direkt v. Bezirkssekretariat U.S.P., Halle, Harz 42/44 III. T. 86.

Huhn gefunden. 4858
Süsse, Glauchaerstr. 14.

Verkaufe: Langstiefel, Schaftschuhe. 4888
Zeckerstr. 6. II l. Sering.

Karbid, 5 Mark, Pfund nur auch an Wiederverkäufer abzugeben. Karbid ist eine billige u. helle Beleuchtung. Billige, erstkl. Karbid-Tischlampen.
Karbid-Wurmstich,
4852 Merseburger Str. 163.

Dienstmädchen
bei hohem Lohn und Geschenken gesucht. *2573
Alb. Dölecke, Buschdorf.

Nietleben.
Hausschlachten
nimmt an *2560
Wilhelm Koch,
Krölln her Str. 28 b.

Großstück-Arbeiter
für dauernd gesucht. 2562
Albert Drechsler Nachf.

Transportgurte, gebraucht, für Wantoffelfabrikation, sowie auch **Lederklappen** von gebrauchten Sätteln in groß. Mengen werb. preiswert *2585 **Sternlicht,** Alterhaltt II, Teleph. 1368.

Preiswerte Bücher:
Illustr. Himmelskunde. Illustr. Land u. Leute. Afrika, Land und Leute. Illustr. Buch d. Chemie. Illustr. Buch d. Physik. Illustrierte Tierkunde. Illustr. Pflanzenkunde. Körper- u. Schönheitspflege. Bau d. menschl. Körpers.
Alle Bände broschiert Preis pro Band 2 Mk.
Zu beziehen durch alle Austräger und die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44. Zahlungen durch Postscheckamt Leipzig Nr. 18195.

Wohnungstausch.
Gr. Stube, 2 Kammern u. Küche i. Dölau geg. Stube, Kammer u. Küche in Halle zu tauschen gesucht 2576 Dölau, Kröllwitzerstr. 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201103-17/fragment/page=0010